

hierzu. Der gegenwärtige Zustand könne nicht anders bezeichnet werden als ein System des Zollkrieges.

Gerade diejenigen Staaten, die die Zahlung ihrer Forderungen mit Entschiedenheit verlangen, verhindern mit Einfuhrverboten und ungeheuren Zollschranken die einzig mögliche Durchführung der Zollabtragung.

Hirsch führte dann wörtlich weiter aus: Seit rund 60 Jahren hat der europäische Handelsverkehr auf dem System der wechselseitigen Meistbegünstigung beruht. Die deutschen Zollvorschlüsse zum Londoner Memorandum gehen von dieser Tatsache aus, indem sie gegenüber dem jetzigen Zustand wirtschaftlicher Ungleichheiten Europas die wechselseitige Gleichberechtigung wiederherstellen wollen. Dieser Grundgedanke führt zu der Forderung der gegenseitigen Einräumung des Meistbegünstigungsrechts, besonders hinsichtlich der Zolltarife durch alle europäischen Staaten. Das Londoner Memorandum hat den Grundgedanken des Meistbegünstigungsrechts in einer Anmerkung selbst anerkannt. Leider steht aber dort vermerkt, daß nicht alle Nationen diesem allein hilfebringenden Prinzip sich anschließen können. Das Londoner Memorandum verwirft auch mit aller Schärfe das System der Diskrimination (Verbot, Unterbindung) hinsichtlich der Ausfuhr. Die deutsche Delegation hat sich verpflichtet gesehen, die Vermeidung solcher Diskrimination auch für die Einfuhrzölle mit aller Entschiedenheit zu fordern. Welche verhängnisvolle Bedeutung die ungleicherartige Behandlung gerade für Deutschland im gegenwärtigen Moment hat, das ist im folgenden an einigen Beispielen beleuchtet: Es gibt im Augenblick zwei Länder in der Welt, wozu eine deutsche Ausfuhr überhaupt unmöglich ist. In diesen Ländern besteht

ein absolutes Einfuhrverbot für deutsche Produkte, während umgekehrt Deutschland diesen Ländern die Meistbegünstigung zu gewähren hat. Ein anderes Land hat Spezialzölle von solcher Höhe gegen Deutschland erichtet, daß sie praktisch einem Einfuhrverbot gleichkommen. Ein drittes Land zieht einen Valutazuschlag für deutsche Waren vor, bei dem die deutsche Reichsmark einem Werte von 12 000 amerikanischen Cents, d. h. der Hälfte ihres Friedenswertes, gleichgesetzt wird. Da ihr wirklicher Wert heute vielleicht der fünfzigste Teil des Friedenswertes ist, ist diese Berechnung eine Diskrimination, die den deutschen Außenhandel völlig droffelt. Ein viertes Land, das bei uns gleichfalls die Meistbegünstigung genießt, erhebt auf baumwollene Handschuhe für 100 Kilogramm einen Zoll von 15 000 Franken, während die entsprechende Einfuhr aus anderen Ländern mit 900 Franken belastet ist. Bei elektrischen Glühbirnen berechnet daselbe Land für 100 Kilogramm auf die deutsche Einfuhr einen Zollzuschlag von über 5000 Franken, d. h. auf den Verkaufspreis der einzelnen Lampe wird rund 1,25 Franken zugeschlagen. Jeder Unparteiliche muß zugeben, daß unter solchen Bedingungen kein Land seine normale Produktion wiederherstellen kann. Unter solchen Umständen lassen sich auch die auswärtigen Schulden nicht vermindern. Sie steigen im Gegenteil als Wirkung der immer steigenden Passivität der Handelsbilanz. Die Kaufkraft sinkt notwendig in Ländern, denen auf dem Weltmarkt eine solche Behandlung zuteil wird; anstatt auf den doppelten Umfang seiner heutigen Größe zu wachsen, wie es zur Abirung der Zinsen der Weltschuld notwendig ist, schrumpft damit die Kaufkraft des Weltmarktes nur noch weiter ein. Das Londoner Memorandum berücksichtigt in der erwähnten Anmerkung die rein kommerziellen Vorteile der allgemeinen Meistbegünstigung. Deutschland verlangt nach der Wiedereinführung dieses Grundgesetzes, nun endlich die weltwirtschaftliche Möglichkeit zu finden, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und mehrere Jahre nach dem politischen Friedensschluß der Welt endlich den Wirtschaftsfrieden wiederzugeben.

In der Unterausschussung der Wirtschaftskommission wurde ein Protokoll vorgelegt, das nach einer WTB-Meldung der Hauptsache nach und in Berücksichtigung des deutschen Standpunktes folgendes besagt: Die Experten betrachten sich nicht als kompetent, die Frage zu entscheiden, ob die vorgelegte Resolution in der Form eines Übereinkommens oder einer Empfehlung anzunehmen sei.

Aus der Lehrzeit eines Waisenknaben.

Von Max Porzig.

In den nächsten Tagen kann ich mein 25jähriges Jubiläum als Schriftsetzergehilfe feiern. Da dieses Jubiläum beinahe auf den Tag mit den Kundgebungen für den Jugendschutz zusammenfällt, dürfte es angebracht sein, einige Erinnerungen aus der Lehrzeit hier zu erzählen.

Eigentlich hatte ich Lehrer werden sollen. Aber ein Onkel, der es vom Schriftsetzer zum Redakteur und später zum Besitzer eines konservativen Kreisblattes gebracht hatte, reizte mich an, es ihm nachzutun. Zudem hoffte der Vorgesetzte, als Schriftsetzer der Leidenschaft rückhaltlos folgen zu dürfen.

Die konservative Druckerei der Heimatstadt, die den Waisenknaben als Bezahlung aufnahm, beschäftigte ausschließlich Schuster, „Nichtverbandsmitglieder“. Im Laufe der Zeit, die ich mit vielen Leidensgenossen in diesem Kunststempel zurücklegte, zogen allerdings verschiedene Verbandsmitglieder „verdeckt“ in die „Bruchbude“, wie sie die Druckerei nannten, ein. Sie warben für den Verband der Deutschen Buchdrucker und hatten meist die Genugtuung, schon nach recht kurzer Zeit mit Glanz aus dem Geschäft hinauszufiegen. Es war eben eine ideale Zeit für alle Ausbeuter. Die Arbeiterbewegung war noch viel zu schwach, um mit den Ausbeutern fertig zu werden.

Von einer geregelten Arbeitszeit konnte unter diesen Umständen überhaupt keine Rede sein. Der Prinzipal bestimmte Anfang und Schluß. In seiner Gegenwart wagte kein Gehilfe, Feierabend zu machen.

Die zahlreichen Bekehrte wurden zu allem möglichen angehalten. Vor allem mußten sie Mitglied des christlichen Junglingsvereins werden. Daß dieser Verein sich niemals um das Wohl oder Wehe seiner Mitglieder bekümmert hätte, ist mir nie bekannt geworden. Zudem war der Druckereibetrieb in allen möglichen Kirchenämtern und in kirchlichen Dingen tonangebend.

Die Arbeitszeit der Bekehrte richtete sich nach der Fertigstellung und dem Versand der Zeitung. Die Jungen mußten die Zeitung einlegen, folgen, verpacken usw. Jedenfalls kam keiner der Bekehrte vor abends 9 Uhr aus der muffigen, von keiner Gesundheitsvorschrift beeinträchtigten Druckerei. Samstags wurde es regelmäßig später. Sonntags mußten Maschinen und Winkelhaken gepulvt werden. Dafür durften wir aber auch morgens zur Reinigung des Lokals eine Stunde früher anfangen als die Gehilfen.

Es kam vor, daß auch einmal ein Bekehrte ausstarb, der die einfachsten Grundbegriffe seines Handwerks erlernt hatte. Das war dann der Fall, wenn ein halbwegs intelligenter Vater so gegen Schluß der Lehrzeit energisch darauf drang, daß der Junge nun endlich auch einmal ein wenig in dem Beruf beschäftigt wurde, der ihn später ernähren sollte. Die Bekehrte ersetzten die Einlegerin, den Ausläufer, das Dienstmädchen, hüteten die verwöhnten Kinder des Besitzers, holten für die Gesellen Schnaps und Schnupftabak,

sei. Die Frage der Meistbegünstigung, die von dem deutschen Experten Staatssekretär Hirsch aufgeworfen worden war, greift in ihrem Umfang über die Frage der Ein- und Ausfuhrverbote hinaus. Ihre Behandlung muß daher der Kommission überlassen bleiben. Staatssekretär Hirsch wünscht die Aufmerksamkeit auf den Zusammenhang zu richten, der seiner Meinung nach zwischen den Behinderungen besteht, die durch Verbote und denen, die durch Zölle hervorgerufen werden. Die anderen Experten wünschen die beiden Fragen getrennt zu behandeln und schlagen, wie bereits gemeldet, vor, die Artikel 46—49 des Londoner Memorandums durch eine Reihe von Gesichtspunkten zu ersetzen, die darin gipfeln, daß im Interesse des internationalen Handels Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen sobald als möglich auf das Mindestmaß zurückgeführt und das Lizenzsystem möglichst einfach und frei von Systemwechseln gestaltet werden soll.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird, wie bereits gemeldet, eine Redaktionskommission aus den Vertretern Italiens, der Kleinen Entente, Englands und Frankreichs zur Neufassung des Artikels 41 eingesetzt, die ihren Vorschlag bis zum 25. Vormittags vorlegen soll. Die Sitzung wird bis zum 25. April vertagt im Hinblick auf die zahlreichen wichtigen neuen Anträge, unter denen sich auch die Vorschläge Deutschlands befinden.

Übereinkunft in der Eisenbahnfrage.

Der erste Unterausschuß für Eisenbahnverkehr der Verkehrskommission hat seine Arbeit im wesentlichen abgeschlossen. Entsprechend den deutschen Vorschlägen wird beschlossen, daß zur schnelleren Wiederherstellung zum mindesten des Vorkriegszustandes auf dem Gebiete des internationalen Eisenbahnverkehrs die europäischen Staaten, die in Genua vertreten sind, mit größter Beschleunigung eine Konferenz der technischen Vertreter aller Eisenbahnverwaltungen einberufen sollen.

Eine Predigerin in der Wüste.

Im Sächsischen „Tag“ nimmt heute eine Dame, Frau Berta Hübner, das Wort, um den Landwirten ins Gewissen zu reden. Damit man sie nicht mißverstehen, bemerkt sie vorweg, daß sie vom Lande ist, und daß sie zur Deutschnationalen Volkspartei gehöre, sich also von parteipolitischer Gegnerschaft nicht die Hand führen lasse.

Diese deutschnationale Dame wendet sich gegen die frampfhafte Beweisführung, mit der die Agrarier die Unlagerechnung zu bekämpfen pflegen. Der Augenschein spreche gegen diese „Beweise“. Vieles, was man auf dem Lande sehe, sei ungeeignet:

Nicht, daß der Landwirt heute „verdient“, wie Herr Schmidhals (der vorher im „Tag“ sich geäußert hatte) es verhängend bezeichnet, ist das Schlimme. Es will zwar einem normalen Verstande wenig einleuchten, wie nach einem verlorenen Kriege, in dessen Lasten sich das ganze Volk teilen sollte, die an sich am besten und sichersten gestellte Schicht des Volkes so üppig gedeihen kann. . . . Indessen schlimm ist, daß die riesigen Konjunkturgewinne als eine unbedingte wirtschaftliche Notwendigkeit hingestellt werden und daß jede Maßregel, die diese Gewinne beschränken könnte, sozusagen als ein Vergehen an der Zukunft des deutschen Volkes beurteilt und verurteilt wird. Die Behauptung, daß diese Gewinne produktionsfördernd wirken und also volkswirtschaftlich unbedingt zu begrüßen seien, gewinnt ein merkwürdiges Ansehen, wenn man weiß, wie sie verwendet werden. Ein Better, der ein mittleres Bauerngut sei eigen nennt, erzählte mir jüngst, er stehe seine Verdienste doch wenigstens in die Wirtschaft und den Boden hinein, die meisten im Dorfe sprossen sich die Stuben voll kostbarer Möbel, Klaviere oder legen ihre Scheine in Brillanten und anderen „Goldminen“ an, und doch muß auch besagtem Better noch ein anständiges Stück Geld übrigbleiben, denn er will jetzt ein herrschaftliches Gut erst pachten und dann kaufen. Soll etwa auch so etwas noch Produktionsförderung heißen?

Die meisten Städte, fährt Frau Hübner fort, haben ein

offenes Auge auch für die ungeheuerlichen Gewinne der Bäcker, Schlächter und anderer Händler, über die die Lebensmittel bis zu ihnen gelangen. „Aber wir wissen auch, wie es auf dem Lande aussieht, wissen, daß die Bauersfrau sich ruhig drei Mark für das Ei und 40 Mark für die Butter geben läßt, und das ist ein Sündenpreis, der durch die Produktionskosten ebenso wenig zu rechtfertigen ist wie durch den Anspruch auf rechtfertigten Verdienst.“

Unter vier Augen, wenn man ihm gehörig zuseht, bekennet der Landwirt auch Farbe:

„Mehrere Verwandte haben mir gegenüber schon die letzte behärdliche Festsetzung des Kartoffelpreises eine ganz unnötige Ueberbezahlung genannt. Und als im Winter 1918/19 in Schlesien ein Ei, auf fünfzwanzig Pfennig und die Butter auf etwa acht Mark festgelegt war, erklärte mir ein Schwager, der den Preis durchaus rechtlich innehielt: „Nur an Butter und Eiern verdienen wir viel.“ Und erst kürzlich erzählte mir ein Onkel in aller Anschuld, die letzte Kartoffelernte habe ihm so viel gebracht, wie sein Oaf (300 Morgen) im Frieden wert war. Wir wollen uns nichts vormachen: Die Landwirtschaft hat unter der Zwangswirtschaft des Krieges und der Nachkriegszeit recht gut gedeihen können.“

Frau Hübner ist an sich keine Freundin der Zwangswirtschaft, aber, erklärt sie, als Hausfrau wird man jetzt gezwungen sie zu schätzen. Das schönste Beispiel seien ja die Kartoffeln. Wenn die Zwangswirtschaft beseitigt ist, so hat man früher verprochen, „dann höre das Polonäsensitzen auf und die Preise würden erträglich bleiben. Man kann heute halb Berlin nach einem Korb Kartoffeln ablaufen, und mit Zucker ist es dasselbe. Solange die Zwangswirtschaft den Butterverkauf regelt, bekam auch ein Nichtschieber ab und zu ein paar Gramm Butter auf den Tisch. Heute müssen auch die kleinsten Kinder der auf knappen Verdienst gestellten Beamten Margarine essen. . . .“

Die deutschnationale Frau Hübner wird mit ihrem Appell an die Landwirte eine Predigerin in der Wüste bleiben. Das Interesse an „Verdienst“ ist auch in den agrarischen Kreisen so stark, daß alle Erwägungen über die Not der proletarischen Städte so wenig zur Geltung kommen, wie etwa Gedanken über die Not des Vaterlandes. Der erste Grundgedanke heißt bei ihnen heute, nach der deutschen Revolution, wie zur Zeit vor der großen französischen Revolution: „Bereichert Euch!“ Daran ändern auch die wohlmeinendsten Stimmen deutschnationaler Hausfrauen nicht das geringste, solange nicht die Mehrzahl der Wähler mit diesem Bucher gelehrt endgültig aufräumt.

Kartoffeln für Hochvaluta! Unter dieser Überschrift brachten wir in unserer Nr. 182 vom 18. April eine Notiz, die sich mit einem beabsichtigten Inserat der Firma Erich Waede in Stettin beschäftigte und feststellte, daß Kartoffeln zwar für Hochvaluta, aber nicht für das Inland zu haben sind. Da — was nach unserer Fassung nicht berechtigt war — aus der Notiz der Vorwurf herausgelesen wurde, die fragliche Firma habe inländische Kartoffeln in das Ausland verschoben wollen, haben unsere Stettiner Parteigenossen sich mit der Angelegenheit weiter beschäftigt. Das Ergebnis war, daß die Firma Waede den Nachweis erbracht, daß die angebotenen Kartoffeln in Revval eingekauft und zur Durchfuhr bestimmt waren. Für das Inland kamen sie wegen ihres hohen, selbst die höchsten Bucherpreise übersteigenden Preises nicht in Frage. Wir verdanken es also der gelegentlichen freien Kartoffelwirtschaft, die eine Verbilligung von Einfuhrkartoffeln unmöglich macht, daß deutsche Händler zwar im Ausland kaufen und die hochvalutigen Länder beliefern können, daß aber das Inland unter Kartoffelnot leidet.

Die 4. Internationale meldet ihre Geburt an in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ von Wülheim-Ruhr (KAPD-Linke). Zur Gründung an sich wird gesagt, die Sowjetregierung sei nach Genua gegangen, um die Einheitsfront des Weltkapitalismus gegen das Proletariat herzustellen, dem gleichen Zweck habe auch die Berliner Konferenz der 2., 3. und 3. Internationale gedient. Aber die Internationale ist tot, es lebe die Internationale, und zwar ist sie auf einer Berliner Konferenz der linken KAPD-Gruppen ins Leben gerufen worden. Ihr gehören an die KAPD-Linken Deutschlands, die kommunistischen Arbeiterparteien Hollands und Bulgariens und die Sylvia-Bankhurst-Gruppe der englischen Kommunisten.

atmeten beim Ausblasen der verschmutzten Sektflöten den giftigen Weisstaub ein und wurden zum Lohn dafür in nicht allzu langen Zwischenpausen jämmerlich verprügelt.

Da ich Waisenknabe war, bildete ich ein ganz besonderes gefügiges Ausbeutungsobjekt. Meine Klagen beim Onkel hatten regelmäßig zur Folge, daß ein salbungsvoller Brief mich zu einem christlichen Lebenswandel anhielt und mir — ich weiß nicht aus welchen Zusammenhängen — vor der Sozialdemokratie gruselig machte. Diese Briefe, die später, als meine Klagen immer dringender wurden, wahre Verdammungsepisoden für mich bildeten, reizten mich dazu, verstoßenerweise das einzige gehaltene sozialdemokratische Blatt regelmäßig aus dem Makulaturhaufen der Redaktion herauszufischen und es in den Nachstunden gierig zu lesen. Diese Bektüre ließ mich zuerst des Unrechts bewußt werden, das in der Druckerei an den jungen Menschen verübt wurde. Und als ein Lehrkollege an der Schwindelucht zugrunde ging, klagte ich meinen christlichen Lehrherrn als seinen Mörder an. — — — Freilich nur in meinem Herzen. Das Waisenhaus war nicht geeignet gewesen, das Rückgrat zu stärken, aufrechte Menschen zu erziehen.

Die Lehrzeit ging, wie alles auf der Welt, trotzdem vorüber. Aber nicht eine Minute blieb ich trotz der Mahnung des Onkels als Gehilfe in der Druckerei. Wie ich mich später trotzdem als Schriftsetzer durchmüht, das zu erzählen sei vorbehalten. Hier sollte nur gezeigt werden, wie die Verhältnisse für den Bekehrten aussehen würden, wenn nicht die Sozialdemokratie an Einfluß gewonnen und besonders den jungen Menschen vor einem gewissen und schamlosen Ausbeutertum geschützt hätte.

Die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich in der Arbeiterjugendbewegung zusammenfinden, werden in Gemeinschaft mit der übrigen organisierten Arbeiterschaft für alle Zeiten eine Rückkehr solcher jammervollen Ausbeutungsmöglichkeiten junger Menschen verhüten.

Doelig über Technik und Kunst. Können Werke der Technik zugleich Kunstwerke sein? Und wie sind die Bereiche der Technik und Kunst gegeneinander abzugrenzen? Mit diesem schwierigen Problem beschäftigte sich der bekannte Architekt Hans Porzig in einem Aufsatz über Architekturfragen, den er im „Kunstblatt“ veröffentlicht. Die rein technischen Bauten, eiserne Hallen, Glas-, Schweiß-er, verdanken ihr Entstehen technischer Ueberlegungen auf mathematischer Grundlage, mit leisen Korrekturen. Die Grundlage der Entscheidung dieser Bauten ist die gleiche, wie bei allen anderen rein technischen Schöpfungen unserer Zeit. Und wenn man von diesen anderen, den Fabrikläden, Autos, Schiffen usw. ausgeht, so wird der Vergleich mit den eigentlichen Schöpfungen der Kunst leichter. Alle diese Dinge dienen einem rein praktischen Bedürfnis des Menschen. Sie erreichen eine eindeutige, durchaus befriedigende, sogar durchaus organisch wirkende Form, aber sie verschwinden restlos aus der sichtbaren Welt, wenn sie das praktische Bedürfnis des Menschen nicht mehr befriedigen, zugunsten anderer Formen, die

vollkommen sind. Ganz ähnlich zumindest ist es um die technischen Bauten bestellt! Eiserne Hallen verschwinden, wenn sie dem praktischen Bedürfnis nicht mehr genügen, und das Leben der Fabrikanlage ist ohnedies kurzfristig.

Alle diese Bauten sind eben nicht für die Ewigkeit gedacht. Die Wirkung der Eisenhüttenwerke, der großen Werken, kann dämonisch sein; im wahren Sinne künstlerisch, also göttlich, ist sie nimmermehr! Wie die Menschen denken, so werden ihre Schöpfungen; das für die Ewigkeit gedachte wirkt ewig. Doch die Quadrate der Römer, das viele alte Brücken oder Befestigungen eine ewigere Wirkung, um mich so auszudrücken, ausstrahlen, liegt an der Bestimmung derer, die sie schufen. Sie glaubten daran, daß sie Ewigkeitswerke schufen mühten; in diese Schöpfungen trat etwas von der Zwecklosigkeit mit ein, die der wahren Kunst eigen ist. Alles Technische, und damit jede rein technische Form, ist vergänglich, der Mensch zerstört sie selbst rücksichtslos, wenn sie seinen Zwecken nicht mehr dient; die Kunstform ist ewig und wird nicht ohne Schaden vernichtet. Mit ihr verschwindet ein Teil Schönheit aus der Welt, sie kommt aus der Liebe und nicht aus dem rechnenden Verstand.

Vollkommener Diamantenhandel. Seltsame Enthüllungen über die Krisis des Edelsteinhandels im Zusammenhang mit dem Bolschewismus machte in sachkundiger Mitarbeiter der „Revue mondiale“. Die üble Lage dieses Marktes, der ohnehin schon durch die Schließung der sibirischen Minen beeinträchtigt war, hat noch eine weitere Verschärfung erfahren, und zwar durch einen Faktor, auf den man am allerwenigsten gefaßt sein konnte: die Ueberflutung mit Edelsteinen, die sich aus dem ruinierten Rußland über die Märkte von London und Paris ergoß. Die Sache begann damit, daß russische Flüchtlinge sich im Ausland der mitgenommenen Juwelen mit einer Leichtfertigkeit entäußerten, als wenn es sich um wertlosen Tand gehandelt hätte. Aber viele hielten nur einen Teil ihrer Juwelen mitnehmen können und den Rest in sicheren Verstecken in Kellern und Wäldern in der Heimat zurücklassen mußten. Der verhängnisvollste Schlag wurde dem Edelsteinhandel indessen durch die Ausfuhrverbote der Sowjets verfehlt, die die großen Bestände von Juwelen, die sie beschlagnahmt hatten, durch Auktionen in London und Paris in den Verkehr brachten. Erklärten sich doch selbst viele Industrielle bereit, sich angefaßts der Wertlosigkeit des russischen Rubels ihre Rechnungen in Edelsteinen oder Gold bezahlen zu lassen. In Revval wurde ein Lager der von den Sowjets enteigneten Reichtümer eingerichtet, wo sich in großen Kisten und Kisten Diamanten, Berlen, Smaragde, Saphire zu allhernden Bergen türmen, deren Glanz an eine Schatzkammer aus Tausend und eine Nacht gemahnt. Zuverlässigen Schätzungen zufolge ist der Wert des bisher verkauften Bestandes des Sowjets auf annähernd 400 Millionen Francs zu berechnen.

Volkshäus G. R. Das zum 30. April im Theater am Schauspiel geplante Konzert („Rust Verdammt“) muß ausfallen. Derreis gelobte Karten werden zurückgenommen.

Deutsche Künstler von Bern eingeladen. An Trupps in Bern soll ein großes Arbeitsdenkmal errichtet werden zum 100jährigen Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung des Landes. Zu dem internationalen Wettbewerb hat das bernische Komitee in Dresden fünf hervorragende deutsche Bildhauer beiderseits eingeladen: Karl Abiker und Georg Werra in Dresden, Hermann Gahn in München, Hugo Reber in Berlin und Hubert Reyer in Düsseldorf.

Kavallerie gegen Sozialdemokratie.

Ein preussischer General verherrlicht Frankreich.

Die „Kreuztg.“ hat die nützliche Aufgabe, dem deutschen Volk zu zeigen, wie es in den Köpfen der Leute aussieht, die früher einmal Deutschland regierten. Sie erwirbt sich in dieser Richtung ein neues Verdienst, in dem sie jetzt mit dem Ausdruck einer Artikelserie beginnt: „Die Sozialdemokratie und ihre Wirkungen im Völkerverleben. Vom General der Kavallerie Freiherrn v. Bietinghoff.“ Nachdem dieser General das übliche Lob der guten alten Zeit gesungen, fährt er fort:

Im schroffsten Gegensatz dazu steht die Sozialdemokratie. Arbeit und Hingabe des einzelnen an Staat und Vaterland kennt sie nicht. Für sie ist der Staat die Futtertrappe, um aus ihr möglichst viele materielle Vorteile für die Partei, noch mehr für den einzelnen zu ziehen.

So benützt ein Pensionär der Republik seine freie Zeit, um Tausende und aber Tausende seiner Volksgenossen, die hingebungsvoll für die Sache der Deutschen Republik arbeiten, zu beschimpfen. Der sehr national gesinnte Herr findet dann weiter, daß die Deutschen viel schlechter sind als die Franzosen, denn bei diesen findet die „sozialdemokratische Verheerung ihre Grenzen an der besten Eigenschaft der Franzosen, an deren brennendem Nationalgefühl. Weiter heißt es wörtlich:

Es ist in Frankreich unmöglich, daß im Interesse des Internationalismus der einzelne oder irgendeine Partei mit dem Landesfeind konspiriert. Zu Beginn des Krieges 1914 wurde Jaurès ermordet. Dieser nationale Patriotismus, der in allen Franzosen lebt, hat das Volk bisher vor den schlimmsten Folgen der sozialdemokratischen Lehren bewahrt.

Prachtvolle Leute, diese Franzosen! Sie haben Jaurès ermordet! Aber tut nicht Herr v. Bietinghoff seinen „Deutschen“ unrecht? Haben sie das nationalpatriotische Nordgeschäft nicht noch weit besser besorgt? Der General hält sich jedoch bei solchen Gedankengängen nicht auf, sondern geht dazu über, das soziale Leben in Frankreich und Deutschland zu schildern:

In blauer Bluse mit Holzschuhen in der Sonne zu sitzen und abends beim Glase Whisky im Wirtshaus und dabei zu politisieren und sich über die Wahl der Deputierten aufzuregen, sind die Genüsse des Lebens. Das sind nicht gerade hochgesteckte oder gar ehrgeizige, sondern mehr als bescheidene Lebensziele, aber es liegt ihnen ein gesunder Gedanke zugrunde, nämlich der, in der Jugend zu arbeiten, um im Alter ruhen zu können. Bei uns ist seit der Revolution das Gegenteil eingetreten. Die unelise Jugend verdient überhöhte Löhne, um sie ausnahmslos oft in niederlichster Weise zu vergeuden. In den Familien ist wachsende Not und die Alten darben, hungern und verhungern. Das war früher nicht so und ist auch ein Ergebnis sozialdemokratischer Lehren.

Von diesen Sozialdemokraten, die prassend und schwelgend ihre Eltern verhungern lassen, ist natürlich auch nichts anderes zu erwarten, als daß sie das Vaterland verraten. Sie haben — hier hört der General auf, originell zu sein — durch den Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres den Verlust des Krieges absichtlich herbeigeführt. Hunderttausende von Sozialdemokraten modern in den Massenpräparaten des Weltkriegs, Herr v. Bietinghoff lebt erfreulicherweise, bezieht seine Generalpension und schreibt über die Sozialdemokratie, die das Vaterland verraten hat.

So zeigt die „Kreuzzeitung“ an einem wahren Prachtexemplar, welches Gemisch von sittlichem Tiefstand und geistigem Unvermögen Deutschland bis zur Revolution regiert hat. Die französischen Republikaner aber können an dem begeisterten Lob, das ihnen dieser preussische General zollt, wirklich ganz genau erkennen, wohin sie geraten sind.

Preussischer Staatsrat. Wie der Präsident in der letzten Sitzung des Preussischen Staatsrats mitteilt, hat Reichstagspräsident Lohde wegen Arbeitsüberbürdung seinen Sitz im Staatsrat aufgegeben. An seine Stelle tritt Landrat Seibold (Soz.).

Der musikalische Knoten. Ein angehender Operettentanzkomponist, das melodienreiche Haupt von prachtvoller Wähne umwallt, sieht mit seinem Biereisten in der Oper. Es wird Puccini gespielt. Als eine leichtflüchtige Melodie vom Orchester her erklingt, meint Bodo, der Librettist:

„Du, Leonardo, die Melodie mußt du dir merken.“
Leonardo blickt verstört auf.
Nach einem Weilschen fällt Bodo, dem Bistenerischen, auf, daß Leonardo sein Taschentuch herangezogen hat und daran dreht.
„Was treibst du denn da?“ fährt er ihn barsch an.
„Einen Knoten muß ich mir doch machen,“ erwidert leichtschwärmerisch Leonardo.
„Wozu willst du dir denn einen Knoten machen, mein Lieber?“
„Auf daß ich die Melodie nicht vergesse...“

Flugformen der Vögel. Bei der zu erwartenden wärmeren Bitterung wird sich auch Gelegenheit bieten, wieder die verschiedenen Flugfiguren der Vögel zu beobachten. Neben dem meistverbreiteten regellosen Fliegen, den wir wohl am meisten von unseren Taubenschwärmern kennen, auch von den Staren, Schwalben und anderen Tieren, sollen besonders zwei Formen auf: die gerade Linie und die Winkelform. In gerader Linie nebeneinander fliegen z. B. die Brauchvögel, von ähnlichen Vögeln der W. Die Winkelform, manchmal auch doppelt, wie ein lateinisches W anzusehen, kennen wir von den Wildgänsen, den Kranichen und einigen anderen. Was veranlaßt die Tiere zu solcher regelmäßigen Flugordnung? Man hat gemeint, daß damit eine Erleichterung des Fliegens erreicht werde, aber offenbar ist es doch ganz falsch, den aus leuten einzelnen Tieren bestehenden Winkel wie einen zusammenhängenden Keil aufzufassen, der die Luft leichter durchschneidet als andere Formen. Auch kann man nicht annehmen, daß der von den vorausfliegenden Vögeln erzeugte Luftstrom etwa den folgenden aufwärts treibend zugute käme. Nach dem bekannten Vogelkundigen v. Lucanus ist der einfache Grund der Anordnung der, daß ein guter Flieger als Schrittmacher dient, die anderen aber, die ihm folgen, doch auf einen freien Ausblick Gemacht legen, sowie auf Vermeidung des Ausprollens, falls der Vordermann aus irgendeinem Grunde die Geschwindigkeit verlangsamt. Es wird darauf hingewiesen, daß auch der weitbekannte Gänsemarsch keine schnurgerade Linie bildet, sondern ein ständiges Abweichen rechts und links erkennen läßt.

Am Großen Schauspielhaus findet Donnerstag die 50. Aufführung von Büchners „Dantons Tod“ statt.

Eine Kunst-Erstellung für München-Grabbach. Der jehige Leiter des Ringer-Museums in Garmisch, Dr. Walter Raabach, der an der Berliner Nationalgalerie viele Jahre tätig war, hat seiner Vaterstadt München-Grabbach seinen besten und modernsten Kunst geschaffen. Es sind 36 Bilder unter anderem von Kollid, Kanten, Fedel, Altkamer, Reintger. Die Stadt hat, wie das „Münchenblatt“ berichtet, für die Erstellung bereits Räume zur Verfügung gestellt; Kunstfreunde haben zum Ausbau der Sammlung Mittel aufgebracht.

Der 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin wurde Montag im Wiesbadener Kurhaus eröffnet. Drei große Sammelreferate (Leberkrankheiten, Sympathisches Nervensystem und Hirndrüse) sowie 177 Einzelvorträge aus der inneren Klinik sind vorgesehen. Die Mitgliederliste des Kongresses dürfte wohl alle wissenschaftlich tätigen und interessierten inneren Mediziner Deutschlands umfassen; dazu hervorragende Kliniker des Auslandes.

Heldentaten der Justiz.

Landgerichtsdirektor Krosta.

Die preussische Justiz erfüllt auch große nationale Aufgaben. Das bewies bei der heutigen Fortsetzung der Justizkritik im Landtag Genosse Hellmann durch einen kurzen Hinweis auf den Fall Krosta. Herr Landgerichtsdirektor Krosta in Gleiwitz ist jener lebenswürdige Herr, der in seinem Amtszimmer ein Bild hängen hat, auf dem zwei Bauern an Kopf und Schwanz einer Kuh fröhlich zehren, während unten ein Mann in der Anwaltsrobe die Milch in seinen Trog laufen läßt. Damit niemand den Sinn der Zeichnung mißverstehe, steht darunter: „Inzwischen meißt in guter Kuh der Wollast die letzte Kuh.“ Dieser Herr Krosta ist wegen Beleidigung der Anwälte bestraft worden — nicht doch, der Rechtsanwalt und Notar Fröhlich in Gleiwitz ist bestraft worden wegen Beleidigung des Landgerichtsdirektors Krosta. Fröhlich hatte nämlich behauptet, nachdem Krosta in einem bestimmten Fall zweimal hintereinander durch das Oberlandesgericht hatte korrigiert werden müssen, Krosta widersehe sich aus Eigensinn der richtigen Einsicht. Natürlich mußte man das dem Fröhlich anstreichen, der Krosta ist weiter Landgerichtsdirektor in Gleiwitz. Das muß er auch möglichst lange bleiben. Hat er doch

mittlen im Abstimmungskampfe um Oberschlesien im Gerichtssaal das Diktum von sich gegeben, die Oberstufen sagten nicht gerne die Wahrheit und neigten zu Lüge und Reineid. Eine Zeugin, die er früher einmal verurteilt hat, schrie der Herr Landgerichtsdirektor an: „Was, Sie kommen heute ausnahmsweise auf die Zeugenbank, statt auf die Anklagebank?“ Und in diesem Stil hilft der wackere Jurist weiter das bedrohte Deutschland retten.

In dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Fröhlich hat Landgerichtsdirektor Krosta ausgesagt, er habe an dem oben geschilderten Wollastbild in seinem Amtszimmer nichts Anstößiges gefunden. Darauf erwiderte der Verteidiger des Angeklagten, der demokratische Abgeordnete Kochmann, es sei ein wahres Glück, daß die Ehefrau des Landgerichts feinfühligere gewesen und an der Zeichnung Anstoß genommen hätte. Woraus hervorgeht, daß Scheuerfrauen manchmal mehr Taktgefühl haben als Landgerichtsdirektoren. Als unser Redner im Landtagsauschuss diese Schlussfolgerung zog, klang das den Herren Juristen nicht angenehm, aber sie konnten es nicht gut befechten.

Juden, Deutschnationale und Staatsinteresse. Der demokratische Abgeordnete Berndt las heute aus einem Urteil einen Passus vor, in dem es heißt, der deutschnationale Angeklagte verdiene den Schutz des Gerichts; denn er wäre von den Juden verfolgt, weil sie in ihm einen Mann fürchten gelernt hätten, der ihre staatsverfälschenden Tendenzen enthalte und bekämpfe.

In einem Beleidigungsprozeß, den der „Vorwärts“-Redakteur Abg. Kuttner angestrengt hat, hat in der Urteilsbegründung der Vorsitzende erklärt, der Ausdruck „schwarzhaariger Gallier“ könne nicht als unangebracht betrachtet werden, weil im Feuilleton des „Vorwärts“ irgendein Kuttner völlig unbekannter Mitarbeiter angeblich den 90. Psalm parodistisch umgedichtet hätte: „Das ist nicht deutsch, sondern echt jüdisch, uns durch Parodierung der Psalmen das Christentum verelken zu wollen.“ Der treffliche Amtsgerichtsrat, der so sprach, hat natürlich mit Recht am 1. April bei der deutschnationalen Bismarckfeier auf dem Brocken die Festrede gehalten. Aber peinlich ist es doch, daß er nicht gewußt hat, daß die Psalmen im jüdischen Alten Testament stehen.

Diese Fälle sollen indessen nur den Kassischen Fall des Stadtverordnetenvorsitzers Kaufmann Baum aus Arns in Ostpreußen einleiten. Die „Arnscher Zeitung“ beschimpft fortwährend die dort wohnenden Juden als Bucherer, Drückeberger und revolutionäre Demagogen. Der Staatsanwalt lehnt ein Einschreiten im öffentlichen Interesse ab. Sieben jüdische Bürger von Arns beschritten den Weg der Privatklage. Am 26. Mai 1921 war Verhandlungstermin vor dem Schöffengericht. Unter den Zeugen war auch Kaufmann Baum, der eidlich aussagte, er habe wiederholt an Minderbemittelte Geld zum Ankauf von Karoloffen gegeben, aber stets ohne Zins und ohne Unterschied der Partei. So z. B. an den deutschnationalen Zeugen Baugewerksmeister Godziowski.

Nach Schluß der Beweisaufnahme fiel dieser Godziowski über Baum her. Schlag ihn hinterwärts über den Kopf und schlug ihn die hohe glatte Steintreppe hinunter. Baum stellte Strafantrag und bat um Einschreiten im öffentlichen Interesse. Der Oberstaatsanwalt in Arnshof lehnte das Einschreiten ab. Auf Beschwerde wies ihn der Oberstaatsanwalt in Königsberg an, die Ermittlungen erneut aufzunehmen. Sie endeten damit, daß Godziowski einen Strafbefehl über 50 M. erhielt.

Inzwischen hatte Godziowski auch gegen Baum Strafantrag wegen Beleidigung gestellt: er fühle sich durch die Angaben Baums über das Karoloffdarlehen beleidigt. In diesem Falle griff der Oberstaatsanwalt sofort ein und nahm im öffentlichen Interesse die Klage gegen Baum auf. Er erließ aber nicht etwa einen Strafbefehl über 50 M., sondern veranlaßte einen Öffnungsbefehl und Ansetzung einer Hauptverhandlung, um die fürchterliche Beleidigung des deutschnationalen Mannes durch den Juden Baum zu rächen.

Auf die Beschwerde des Baum erfolgte am 4. November 1921 folgende

Antwort des Oberstaatsanwalts:

„Nachdem in Ihrer Anzeigefache in Sachen Godziowski wegen Beleidigung infolge Ihrer Beschwerde auf Anweisung des Herrn Generalstaatsanwalts in Königsberg von Amts wegen eingeschritten worden ist, weil die beleidigenden Äußerungen (es handelte sich, wie gesagt, um Faustschläge und die Treppehinunterwerfen) im Gerichtsgebäude gefallen waren, im Gerichtsgebäude aufhaltende Personen aber zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in demselben vor Beleidigungen geschützt werden müssen, war es für die diesseitige Staatsanwaltschaft doch selbstverständlich, doch in der gleichliegenden Anzeigefache Godziowski gegen Sie nunmehr ebenfalls öffentliches Interesse angenommen wurde. Sie haben bei dieser Sachlage keinerlei Antrag zu einer Beschwerde über ungleichmäßige Behandlung, (!) Weshalb schließlich der inzwischen von hier versetzte Dezernent der Staatsanwaltschaft gegen Sie Anklage erhoben hat, statt einen richterlichen Strafbefehl zu beantragen, ist mir nicht bekannt. Ich nehme aber an, daß er es getan hat, um Ihnen eine eingehende Erörterung des Falles vor Gericht zu ermöglichen oder weil er angenommen hat, daß Sie sich bei dem Strafbefehl doch nicht beruhigen würden.“

So, Herr Oberstaatsanwalt Hoebner in Arnshof. Soll man darüber weinen oder lachen?

Die verlorene Handschrift.

Im Jahre 1920 traten die Arbeiter von Flensburg unter Führung des Architekten Rekowski in einen Demonstrationstreik. Die Rechtsparteien traten in einen Gegenstreik, den Amtsgerichtsrat Schütz leitete. Nach Streik-Ende schickte Schütz dem Rekowski wegen des Streiks Strafbefehl über Strafbefehl. Darüber führte in der Landesversammlung der sozialdemokratische Abg. Hellmann Beschwerde. Das Justizministerium sucht seit 2 Jahren die Strafbefehle, von denen Rekowski ihm heute zum drittenmal überreicht worden ist, hat sie aber bisher nicht finden können.

Vor einigen Monaten hatte Rekowski auf der Straße einen Zusammenstoß mit einem Lehrer. Er stieß den deutschnationalen Mann aus Beisehen an und einschuldigte sich unter Abziehen des Hutcs. Der andere nahm den Stoch und schlug ihn über den Schädel, daß er 8 Tage lang krank lag. Darauf wurde nicht etwa der schlafertige Lehrer, sondern Rekowski angeklagt und unter dem Verdacht des — Landfriedensbruchs in Untersuchungshaft genommen. Natürlich mußte die Untersuchungshaft auf Beschwerde sofort aufgehoben werden, weil überhaupt gar kein Anhaltspunkt für das Vorliegen eines Landfriedensbruchs gegeben war und ebensowenig Fluchtverdacht irgendwie begründet werden konnte. Rekowski wollte nun Schadenersatz wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft und beantragte zu diesem Zweck Wiedereinsicht. Diese wurde ihm indessen mit der Begründung abgelehnt, daß über das ganze Verfahren Gerichtsakten überhaupt nicht vorhanden seien. Auch diese verlorene Handschrift wird noch immer vergeblich gesucht.

Das sind einige Genrebilder aus der preussischen Justiz, gezeichnet nach den jüngsten Beratungen des Justizrats.

Die Organisation der Beamtenräte.

Im Reichstagsauschuss für Beamtenangelegenheiten wurde am Dienstag mit der Beratung des Gesetzesentwurfes über Beamtenvertretungen begonnen. Er legt Wert darauf, daß die Beamtenräte nicht so groß werden und damit Gefahr laufen, sich in parlamentarische Erörterungen zu verlieren, statt praktische Arbeit zu leisten. Bei Besprechung einer Reihe von Begriffen, die sich aus dem Betriebsrätegesetz ergeben und die sinngemäß auf das Beamtenrätegesetz angewandt werden sollen, machte Ministerialrat Raser ausführliche Bemerkungen über das bisherige Verfahren des Reichsverkehrsministeriums gegenüber dem dort schon bestehenden Hauptbeamtenrat. Bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen wurde zu § 9 gemäß einem Antrag des Abg. Breunig (U. Soz.) beschlossen, daß ein Bezirksbeamtenrat aus fünf Mitgliedern bestehen soll, wenn die Zahl der von ihm vertretenen Beamten weniger als 1000 beträgt, für jedes weitere angefangene Tausend erhöht sich die Mitgliederzahl um 1 bis zur Höchstzahl von 15. Zu § 10 wurde gemäß den Entwürfen der Abgg. Schudi (Dem.), Steinkopf (Soz.) und Breunig (U. Soz.) eine Fassung beschlossen, wonach der Hauptbeamtenrat aus mindestens 7 Mitgliedern bestehen soll. Eine Mitgliederhöchstzahl für den Hauptbeamtenrat soll es nicht geben. Für die ersten 100 000 Beamten oder weniger sollen in den Hauptbeamtenrat 7 Mitglieder gewählt werden, für je weitere 25 000 Beamte ein weiteres Mitglied. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Die neueste Parole.

Für den künftigen Historiker der Nachkriegs- und Revolutionszeit ist es nicht unwichtig, die Parolen zu verfolgen, die von spartakistisch-kommunistischer Seite der Reihe nach ausgegeben, in alle Betriebe und Versammlungen getragen, vielfach nachgeplappert und schließlich — durch andere verdrängt wurden. Kurz und bündig war die erste Parole, die sich auch den Einfältigsten einprägte und die noch heute am treffendsten Programm und Ziele der Deutsch-Rosauer kennzeichnet. „Nieder!“ das konnte jeder mitsprechen. Bald aber wurde das „Nieder!“ den Käufern im Streite langweilig und abgelöst durch etwas kompliziertere Parolen. Wüssen wir schon einmal mit solchen Parolen rechnen, können wir ihren Urhebern nur dankbar sein dafür, daß sie von Zeit zu Zeit wechseln wie die Kinodesigner mit ihren Filmen. Doch haben wir das nicht einmal nötig, weil das Agitationsbedürfnis der SPD-Zentrale sie zu dieser Abwechslung zwingt. Der Mensch kann viel ertragen, doch selbst die schönste SPD-Parole erträgt er auf die Dauer nicht und wenn er der blindeste Nachhahler seiner Partei wäre. An Stelle des nervenzerrüttenden „Nieder!“ und aller ihm folgenden Parolen bis zu den „10 Punkten des ADGB“ und der „Einheitsfront des Proletariats“, tritt jetzt der Ruf: „Her mit dem Weltkongress des Proletariats!“

Zu dieser Formel würden wir der SPD-Zentrale nicht geraten haben. Der Ruf ist zu lang, und die Sache mit den Weltkongressen, auf denen doch immer nur die „Oberbozgen“ der SPD mit den Bozgen der „Sozialverräter“ zusammenkommen, wenig

populär. Einfacher wäre schon: „Her mit der Weltrevolution!“ Dabei kann sich jeder denken, was er will. Doch wie gesagt, wir sehen sehr wohl ein, daß Abwechslung sein muß. Wir müssen uns also schon damit abfinden, daß die neueste Parole in der Resolutionszentrale massenhafte reproduziert wird und am Schluß jeder Versammlung die ADGB-Beute ihre Resolution mit dieser Parole einbringen. Es bleibt uns der Trost, daß sie bald durch ein neues Produkt der Parolenschmiede abgelöst werden wird.

Gegen ein Reichsland Oberschlesien.

Breslau, 25. April. (Fig. Drahtbericht.) Auch die ober-schlesischen Deutschdemokraten haben sich jetzt gegen die Autonomie-Parole des Zentrums und der Polen ausgesprochen. Auf einem demokratischen Bezirksparteitag in Reize wurde eine entsprechende Entschließung ähnlich wie die letzte Entschließung des Hindenburg Sozialdemokratischen Bezirksparteitages einstimmig angenommen. Bemerkenswert ist, daß auf dem Bezirksparteitag ein rühriger demokratischer Redner auch die Forderung nach einem Reichsland Oberschlesien abgelehnt hat, weil ein solches Reichsland auf daselbst hinauskomme wie ein selbständiges Land Oberschlesien im Sinne der Reichsverfassung.

Auch die Kommunisten haben sich in ihrer Presse gegen die Autonomie erklärt und wollen anscheinend also im Gegensatz zur Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland im vorigen März diesmal keine Stimmenthaltung üben. So ist jetzt die Stellung aller Parteien zur Autonomiefrage geklärt. Auf der einen Seite stehen die polnischen Parteien geschlossen für die Autonomie zusammen mit dem deutschen Zentrum, in dem der Gedanke des Reichslandes Oberschlesiens ja auch nur als eine Versprechung aufgetaucht ist, die erst nach der Erteilung der Landesautonomie durch die Abstimmung zu verwirklichen wäre. Auf der anderen Seite stehen sämtliche übrigen deutschen Parteien, die die Landesautonomie in jeder Form ablehnen und im gegenwärtigen Zeitpunkt nur einen raschen Ausbau der preussischen Provinzialautonomiebestimmungen für möglich halten. Die Entscheidung dürfte gegen die Autonomie nur dann ausfallen, wenn auch ein Teil der Zentrumsanhänger der Autonomieparole der Abgeordneten Wlitta und Ehrhardt nicht folgt. Nach verschiedenen öffentlichen Äußerungen angesehener ober-schlesischer Zentrumsteute, besonders solcher, die die finanziellen Schwierigkeiten der Selbstverwaltung aus praktischer Erfahrung kennen, ist eine gewisse Aussicht auf ein solches Abweichen eines Teils der Zentrumsanhänger zur Parole der übrigen deutschen Parteien nicht ausgeschlossen. Vorbedingung dazu ist ein tatkräftiges Verhalten der Autonomiegegner, die ihre besonderen Wünsche zurückstellen müssen, soweit sie die Abstimmung zu einer Kundgebung für den großpreussischen Gedanken machen wollen. Zu einer solchen Kundgebung ist zweifellos die Mehrheit der deutschbleibenden ober-schlesischen Bevölkerung nicht bereit, während sie eine unorganische Abgliederung des Restes von Oberschlesien zu einem besonderen deutschen Staatsgebiet hoffentlich verwerfen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Reichsbergbau-Konferenz in Bochum.

Die freien Gewerkschaften hatten für vorgestern eine Reichskonferenz für den Bergbau einberufen, die sich mit den Schiedsrichtern und Lohnvereinbarungen vom 19. April befahte. Nach einem Bericht von Schmidt-Bochum und einer ausgiebigen Erörterung stimmte die Konferenz den Lohnabschlüssen zu. Es wurde eine Entschärfung gefordert, worin gesagt wird, daß die Konferenz entschiedenen Einspruch gegen die Behauptung der Arbeitgeber erhebt, daß die Löhne den Lebensmittelpreisen vorausgeeilt seien. Tatsache sei, daß die Erhöhung der Löhne lediglich eine Folge der gestiegenen Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsartikel sei. So lange aber die Preise sich ständig nach oben bewegen, müssen den Arbeitern des Bergbaues auch weitere Lohnerhöhungen zugebilligt werden.

2. Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Am 17. und 18. Juni dieses Jahres, also zwei Tage vor dem Gewerkschaftskongress, wird in Leipzig eine Konferenz stattfinden, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigt hat:

1. Bericht des Jugendsekretariats. (Matschke.)
 2. Das Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. (Dr. Löwenberg.)
 3. Musterstatuten für gewerkschaftliche Jugendverbände. (Siegle.)
 4. Die Neugestaltung des Lehrlingsrechts und die notwendigen Veränderungen der Gewerbeordnung. (Rehner.)
 5. a) Lehrlingsfragen. (Ing. Fröhlich.) b) Die örtliche Jugendarbeit der Gewerkschaften. (Wilhelm, Frankfurt a. M.)
- Zu dieser Konferenz sind alle Verbandsvorstände eingeladen. Die Orts- und Bezirksausschüsse des ADGB, sowie Ortsverwaltungen einzelner Verbände, soweit sie für die Jugendarbeit besondere Einrichtungen geschaffen haben, können zu dieser Konferenz Vertreter entsenden. Die Kostentragung erfolgt selbstverständlich in jedem Falle durch die Organisation, die Vertreter entsendet. Die Anmeldung der Delegierten soll bis zum 15. Mai beim Vorstand des ADGB, Berlin SO. 16, Engelauer 24, erfolgen. Ebenfalls sind Anträge zur Tagesordnung bis zum gleichen Zeitpunkt einzureichen.

Der Reichstariffchiedspruch im Bankgewerbe abgelehnt.

Nachdem der Deutsche Bankbeamtenverein dem Vorschlag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, eine gemeinsame Ablehnungserklärung zu dem Schiedspruch im Bankgewerbe dem Arbeitsministerium zu überreichen, nicht beigetreten ist, hat nunmehr der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten gleichzeitig im Namen der Frankfurter Kassenvotenorganisation den ablehnenden Standpunkt dieser beiden Verbände zum Schiedspruch in ausführlicher Begründung dem Arbeitsministerium und dem Reichsverband der Bankleitungen offiziell mitgeteilt.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten stellt die Forderung der Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeteiligung an sämtliche Bankangestellten zum Ausgleich der Leistung und fordert die Herbeiführung eines neuen Schiedspruches für die Arbeits- und Gehaltsverhältnisse des Monats Mai.

Der Zweigverein Berlin des Deutschen Bankbeamtenvereins hat den Schiedspruch ebenfalls einstimmig abgelehnt. Einmal wegen des Leistungsanstieges für Überstunden, weiter aber wegen der als vollständig ungenügend bezeichneten Bezüge. Auch dieser dem ADGB-Bund nicht angeschlossene Verband ersucht um Verhandlungen. Einer III.-Reidung zufolge hat sich das Reichsarbeitsministerium bereit erklärt, Nachverhandlungen herbeizuführen, die Anfang nächster Woche vor sich gehen sollen.

Die Abstimmung der Berliner Gemeindearbeiter.

Am Sonnabend, Sonntag und Montag hatten die städtischen Arbeiter über den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums durch Urabstimmung zu entscheiden. Die Beteiligung war sehr schwach. Bis gestern waren etwa 22000 Stimmen abgegeben, wovon 51 Proz. für und 49 Proz. gegen die Annahme des Schiedspruches. Das Resultat dürfte erst heute endgültig festgestellt werden, doch kann nach dem vorliegenden Teilergebnisse gesagt werden, daß der Schiedspruch angenommen wird.

An die Berliner Kupferschmiede.

Den Mitgliedern gehen in diesen Tagen die Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung zu. Nicht aller auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Kollegen ist es nun, dafür zu sorgen, daß nur Kandidaten gewählt werden, die auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeit stehen. Unsere Generalversammlung in Kassel hat sehr weitgehende Beschlüsse gefasst. Von der Zusammensetzung der Delegierten wird es abhängen, ob wir in Zukunft, wie bisher, ein fester Baustein der deutschen Gewerkschaften sein werden oder ob auch unsere kleine Berufsorganisation ein Spielball der kommunistischen Propaganda werden soll.

Am Donnerstag ist unsere Mitgliederversammlung. Wer die Versammlungen in der letzten Zeit regelmäßig besucht hat, wird sich allen Ernstes einmal die Frage vorlegen müssen, ob denn das, was sich in diesen Versammlungen immer wieder abspielt, so weitergehen darf oder ob da nicht bald unseren Freunden von links gesagt werden muß: „Bis hierher und nicht weiter!“ Kritik soll und muß geübt werden, wenn aber die Kritik jede Sachlichkeit vermissen läßt, wenn sie weiter nichts ist, als eine Wiederholung der von der Münzstraße ausgehenden Parolen, wirkt sie abstoßend, so daß die meisten Teilnehmer die Versammlung vorzeitig verlassen. Unschön ist dies auch der Zweck der Übung; denn die SPD-Leute sind dann unter sich und stellen ihre Anträge, für die dann selbstverständlich die nötige Stimmenmehrheit vorhanden ist. Diesem Traverspiel kann nur ein Ende gemacht werden, wenn Kollegen, die auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeit stehen, die Versammlungen besuchen, sich an der Debatte beteiligen und bis zum Schluß aushalten, um bei den Abstimmungen auch ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Es wirkt erzieherisch, wenn man auf jener Seite merkt, daß es mit der bisherigen Terrorisierung der Versammlungen nicht mehr so weiter geht. Nur dann wird ein ruhigerer sachlicher Verlauf unserer Versammlungen möglich sein.

In dieser Versammlung sollen auch Ergänzungswahlen zum Vorstand vorgenommen werden. Auch hier ist es Pflicht aller auf unserem Boden stehenden Kollegen, dafür zu sorgen, daß wie bei der Wahl im Dezember nur Kollegen gewählt werden, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen. Darum, Kollegen, die Augen auf!

Anmerkung der Redaktion. Wenn wir dieser Zuschrift ungeschmälert Raum geben, so deshalb, weil das über den Mißbrauch der Gewerkschaftsversammlungen durch die SPD-Anhänger darin Besagte mehr oder weniger auf das Versammlungsleben der meisten Berliner Gewerkschaften zutrifft. Alle Gewerkschaftsmitglieder, die nicht wollen, daß ihre

Versammlungen fortgesetzt zum Tummeisplatz kommunistischer Parteitagitation und Quertreiber herabgewürdigt werden, alle auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Mitglieder, müssen daher die vorstehenden Mahnungen beherzigen. Treiben die Kommunisten ihre Ermattungsstrategie zu weit, dann muß ihrem Treiben durch rechtzeitigen Schluß der Versammlungen ein Riegel vorgeschoben werden. Wollten wir aber zu Hause bleiben und den Kommunisten das Feld überlassen, dann dürfen wir uns nicht wundern über die Früchte, die daraus erwachsen. Wir raten und mitteln ist Pflicht jedes Gewerkschafters. Wer da „abwarten“ will, könnte leicht zu spät kommen. Noch ist es Zeit!

Reichsammung „Brüder in Not“ für die hungernden Auslandsdeutschen und für deutsche Auslandsflüchtlinge

Bankkonto: Preussische Staatsbank, Berlin W 56
Postkassenkonto: Berlin NW 7, Nr. 656 00

Bestimmungen für die Straßenbahner Berlins.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: „Neben den Verhandlungen über die Gestaltung des allgemeinen Manteltarifvertrages für die städtischen Arbeiter hat der Magistrat unter Teilnahme der Direktion der Straßenbahn Sonderverhandlungen über einen Anhang zu diesem Tarifvertrage eingeleitet, der die notwendigen besonderen Bestimmungen für das Straßenbahnpersonal regeln soll. Die Fassung des § 1 des geltenden Manteltarifvertrages, die im Einvernehmen mit der Straßenbahndirektion zustande kam, bildet bereits die Grundlage für eine solche Regelung. Während die allgemeinen Tarifvertragsverhandlungen durch die Magistratskommission gepflogen werden, ist an diesen Sonderverhandlungen für ihre Spezialfragen die Direktion der Straßenbahn besonders beteiligt.“

Maisfeier der Holzarbeiter!

Bezirke des Ostens!

Sämtliche Kollegen treffen sich möglichst vor ihren Betrieben. Die Aufstellung des Tages erfolgt für Osten II, Osten III und östliche Vororte auf der Mittelpromenade der Warschauer Straße und zwar Bezirk!

Osten II zwischen Komintener und Kopernikusstraße,
Osten III zwischen Vorkagener und Komintener Straße,
Westliche Vororte zwischen Frankfurter Allee und Vorkagener Straße,
Nordosten am Falkenplatz,
Osten I Mittelpromenade der Frankfurter Allee zwischen Kopen- und Andreasstraße,

Klabierarbeiter auf dem Andreasplatz.
Der Abmarsch der Ostbezirke erfolgt um 9 Uhr und zwar biegt die Spitze von der Warschauer Straße in die Frankfurter Allee und bewegt sich durch die Andreasstraße bis zum Grünen Weg, wo sich die Klabierarbeiter anschließen, zum Köllnischen Park.

Jeder Bezirk hat eine Anzahl Ordner zu stellen, die die notwendigen Anweisungen geben.
Es empfiehlt sich, daß die Bezirke und Branchen bei der Aufstellung Erkennungstafeln aufstellen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Berlin.

Die Bezirksleiter.

Maisfeier der Angestellten.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten treffen sich am 1. Mai an folgenden Sammelstellen: Platz vor dem Neuen Tor, Köllnplatz (Volkshäuser), Strausberger Platz, Köpenickplatz, Köpenickplatz.

Abmarsch nach dem Lustgarten Punkt 10 Uhr.
Zentralverband der Angestellten.
Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Neue Löhne der Rohproduktenbranche.

Die Geschäftskutsher, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Rohproduktenbranche waren am Montag abend sehr zahlreich im „Englischen Hof“ versammelt, um zu dem neuen Lohnabkommen mit den Arbeitgebern Stellung zu nehmen. Ueber das Abkommen berichtete Schnapp: Nach dem mit den Arbeitgebern am 11. April vor dem Schlichtungsausschuß abgeschlossenen Vergleich sollen die Löhne ab 1. April für Kutsher wöchentlich 750 M. betragen, der Stundenlohn für Arbeiter über 18 Jahre 15 M. und für die jüngeren männlichen Arbeitskräfte 10,40 M. Geübte Sortiererinnen erhalten 10,20 M., Arbeiterinnen für schwere Arbeiten 9,90 M., für leichtere Arbeiten 9,20 M. und unter 18 Jahre alte 8,60 M. Stundenlohn.

Für Überstunden wird ein Zuschlag von 33% Proz. bezahlt; sie sollen möglichst vermieden werden, esmt ist der Betriebsrat zu hören. Für Sonntagsarbeit beträgt der Zuschlag 100 Proz. Kutsher erhalten für die Pflege der Pferde an Sonntagen morgens und abends je eine Pauschale von 15 M.

Hinsichtlich der sozialen Abmachungen möge erwähnt sein, daß an Urlaub für die Arbeitskräfte, welche am 1. Juli d. J. sechs Monate im Betriebe sind, im ersten Jahre 3, nach einjähriger Tätigkeit 5, nach zweijähriger 7, nach dreijähriger 9 und nach vierjähriger 12 Tage gewährt werden.

Schwangeren wird je nach kürzerer oder längerer Tätigkeit im Betriebe eine Beihilfe von 100 bis 200 M. zugesichert.
Der Betrag soll für die Zeit ab 1. April bis 15. Mai d. J. gelten.

Schnapp bemerkte am Schluß seines Berichtes, daß, wenn man auch nicht alles erreicht habe, so sei doch wieder ein Schritt vorwärts gemacht worden.

Bei der Abstimmung wurde das Abkommen gegen wenige Stimmen angenommen.

Hierauf wurde beschlossen, das Abkommen fristgemäß zu kündigen und zum 15. Mai folgende Lohnforderungen zu stellen: Kutsher wöchentlich 1100 M. Männer Stundenlohn 23 M. Jugendliche unter 18 Jahren 18 M. Sortiererinnen 17 M. Arbeiterinnen für schwere Arbeit 16 M., für leichtere Arbeit 15 M. Jugendliche unter 18 Jahren 14 M. — Die Lohnkommission wurde wiedergewählt.

Zum Landarbeiterstreik im Land Stargard.

Einem Aufrufe der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in Neustrelitz an die Streikenden im Land Stargard und in den angrenzenden Kreisen in Mecklenburg-Schwerin, Pommern und der Uckermark entnehmen wir, daß die Arbeitgeber vom Landbund den streikenden Schmittern die Deputate entziehen. Man will diese Arbeiter also durch Entziehung der Nahrungsmittel mürbe machen. Die Streikleitung sucht diesen Streich nach besten Kräften zu parieren, indem sie Lebensmittel an bestimmte Sammelstellen schafft,

von wo aus sie mit Lastauto abgeholt und den noleidenden Streikenden zugeführt werden.

Der Kampf dreht sich bekanntlich um den Abschluß eines annehmbaren Tarifvertrages („Vorwärts“ Nr. 190), da seit November kein Tarifvertrag mehr besteht. Die Landbändler suchen den Landarbeiterverband für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich zu machen. Während die Organisation auf die Arbeitsruhe am 1. Mai verzichtet, um die Landbestellung nicht zu beeinträchtigen, lassen die Bändler es lieber um Streit kommen, als daß sie ihren Arbeitern anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestehen, die sie bei ihrer heutigen Preiswirtschaft am leichtesten zugeben könnten. Die Raffgier scheint jede vernünftige Erwägung und jedes Rechtsgefühl zu überwindern. Zugang ist fernzuhalten.

„Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.“

Der dritte der veranstalteten Einzelvorträge der Betriebsratschule ist heute um 8 Uhr in der Aula des Sorbier-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 10 17. Thema: Das Aufsichtsratsgesetz. Referent: Dr. Georg Platon. Alle Betriebsräte in Aktien-Gesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (G. m. b. H.), Kommanditgesellschaften auf Aktien und Genossenschaften fallen unter das Aufsichtsratsgesetz. Für sie ist der Vortrag von ganz besonderer Wichtigkeit. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. sind in der freigewerkschaftlichen Betriebsratszentrale, Berlin SO, Engelauer 24/25, 2. Hof I, sowie am Saaleingang erhältlich.

Seminar: Privat- und Wirtschaftskunde. Der Kursus findet wie üblich am Donnerstagsabend statt.

Betriebsratschule.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist auf der Grundlage des von den beauftragten Kommissionen fertiggestellten Entwurfs vom 16. Dezember 1921 am 25. April 1922 von den Bevollmächtigten des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungs- und des Reichsverbandes der deutschen Presse abgeschlossen worden. Zugleich ist für die dem Entwurf angefügte Vereinbarung die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit durch das Reichsarbeitsministerium beantragt worden.

SPD-Gewerbetreuer, Revolverdreher, Dreherinnen und Rundschleifer! Donnerstag, 5 Uhr, in der Schulaula am Kopenplatz, wichtige Versammlung aller SPD-Genossen und Genossinnen: Stellungnahme zur Neuwahl der Branchenkommission. Erscheinen ist Pflicht. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimiert.

Der Fraktionvorstand.

Zum Textilarbeiterstreik in Augsburg berichtet III., daß die Arbeiterschaft der Aufforderung ihrer Führer zur Wiederaufnahme der Arbeit nur zu einem kleinen Teil gefolgt sei. In den großen Betrieben sei nur etwa die Hälfte der Arbeiter zur Arbeit angetreten.

Eine Einigung in der englischen Textilindustrie steht nach einer Meldung des „Konfessionär“ aus Manchester bevor. Die Arbeitgeber haben die beantragte Herabsetzung der Löhne auf die Hälfte zurückgeschraubt; sie bieten jetzt auf das Pfund Sterling gerechnet eine Verringerung von 3 Schilling 10 Pence. Dieses Angebot ist von der Cardromm Arbeiterorganisation angenommen worden.

Deutscher Transportarbeiterverband. Donnerstag 7 Uhr im Saalbau der Brauerei Friedrichshagen, am Friedrichshagen 16-17, allgemeine Funktionärerversammlung. Ohne Verbandsbuch nicht Funktionärskarte sein Zutritt. Die Funktionäre aller Betriebe müssen pünktlich erscheinen.

Deutscher Verkehrsverband. Abteilung Kraftfahrer. Kraftfahrer im Einzelhandel. Donnerstag 7 1/2 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Polstr. 24, Stellungnahme zur neuen Lohnforderung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Freitag 7 Uhr in der Schulaula, Mariendorfer, Chausseestraße, Ecke Kurfürstenstraße, Versammlung des 13. Verwaltungsbezirks.

Aus der Partei.

Zur österreichischen Parteigeschichte, deren ersten Band wir seitherzeit angezeigt haben (Ludwig Brügge, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Wiener Volksbuchhandlung), ist jetzt ein Anhang „Dokumente der Reaktion 1848“ erschienen. Er bringt die Geschichte und die Akten der Prozesse gegen Robert Blum und Julius Fröbel, die Deputierten der Linken der Frankfurter Nationalversammlung, Dr. Hermann Söllner und Dr. A. A. Becker, Mitarbeiter und Redakteur des „Radikalen“, und Wessenhäuser, provisorischen Oberkommandanten der Wiener Nationalgarde, die alle mit der Erschießung der von der Militärdiktatur jenes Bündnisgrüßer, für den der Mensch erst beim Baron anfang, Angeklagten mit Ausnahme Fröbels endeten. Die Prozesse wurden vor den Stand- und „ordentlichen“ Militärgerichten nach barbarischem Kammhrecht geführt und brandmarken für alle Zeit jenen 1. t. weihen Schrecken.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berlin der Naturkunde von Baumwerder. Mittwoch, den 2. April, Generalversammlung, abends 7 Uhr, Restaurant Pöhlmann Hof, Pöhlmannstr. 3.

Berlin für Einzelwohnmittel. G. W. Berlin. Mittwoch, den 3. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, Beschäftigung des Jugendheims, Charlottenberg, Goetheplatz 22, mit anschließendem erlauernden Besatz. Treffpunkt im Jugendheim, 3. Stad. (Friedrichshagen). Gäste willkommen.

Berlin für den Bekleid. Teil: Franz Albus, Berlin-Lichtenberg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Vortrag: Hermann Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Ottau 1. Blatt.

Verkehr und Sport

stellen an Rad und Auto große Anforderungen. Beide brauchen gute Reifen. Unzählige Erfolge in Rennen u. Zuverlässigkeitsfahrten sprechen für die Qualität der

Continental

Reifen

REINER WEINBRAND
IN FRIEDENSQUALITÄT
MARKE

Goldstück

Jac. Stück Nachf. A.-G., Zweigniederlassung Berlin O 34, Komintener Str. 45. Telefon: Königstadt 595.

J. STÜCK-NACHF. A. G.
WEINBRENNEREIEN
HANAU a/M.

Schiedspruch und Deckungsvorlagen

Der Maifeierantrag in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat den von den drei Fraktionen der Linken eingebrachten Maifeierantrag, der Arbeitsruhe in den Betrieben und Verwaltungen der Stadt fordert, gestern abgelehnt. Praktisch bedeutet dieser Beschluß nichts; denn trotz ihm werden die städtischen Arbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, selbstverständlich unter Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe. Aber die Ablehnung zeigt, wie die Gesamtheit der Bürgerlichen sich zur Maifeier stellt und wie wenig ihr an der Vermeidung von Konflikten liegt.

Die Beratung der Magistratsvorlage über den Schiedspruch und die Tarifierhöhungen begann mit langen Reden des Deutschnationalen Koch und des Unabhängigen Dr. Wegl, eines sonst sehr ungleichen Brüderpaares, das mit gleichem Eifer feindlich und schimpfend gegen den Magistrat loszog. Zur Abwehr nahm Kammerer Karding das Wort. Nachher führte eine Kuppelhaftigkeit des Unabhängigen Dr. Koppel zu einem Tumult, der in eine regelrechte Prügelei zwischen rechts und links auszuarten drohte.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung wurde der am 2. April von den 3 Linksparteien eingebrachte Dringlichkeitsantrag, zu beschließen: „In den städtischen Betrieben und Verwaltungen wird zur

Feier des 1. Mai.

abgesehen von Rotstandsarbeiten, nicht gearbeitet. Der Magistrat wird ersucht, diesem Beschluß beizutreten“, mit 106 Stimmen der Bürgerlichen gegen 102 sozialistische abgelehnt. Ein von den Demokraten eingebrachter Dringlichkeitsantrag, der den Magistrat auffordert, den Erfolg der Reichsregierung für die Reichsbeamten hinsichtlich der Maifeier auf die Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe sinngemäß anzuwenden, fand auf der Linken Widerspruch und mußte zurückgestellt werden. — Vor Eintritt in die Tagesordnung laute Jubel (H. Soz.) den Wirtschaftsparteiler Tapeziermeister Wachsen öffentlich an, daß er mit Bezug auf Jubel in der vorigen Sitzung die Zwischenbemerkung gemacht habe: „Diesen Bruder kenne ich, der nur von Arbeitergroßchen lebt und von Arbeitergroßchen schon einmal Banterott gemacht hat.“ Jubel forderte den Herrn auf, diese Auslassung zurückzunehmen oder den Wahrheitsbeweis zu erbringen, er müßte ihn sonst öffentlich als einen elenden Verleumder erklären. Trotz dieser Herausforderung hielt es Herr Wachsen nicht für angezogen, sich zum Wort zu melden. — In den Ausschussrat der zu gründenden Nord-

Südbahn-N.-G. wählte die Versammlung durch Jurof die Mitglieder Stadibaurat a. D. Beuster (Dem.) und den Genossen Krüger. — Gegen 1/2 Uhr begann dann die erste Beratung der heute noch durch einen Nachtrag seitens des Magistrats ergänzten Vorlage betr.

Die Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter

für April und Mai infolge des vom Reichsarbeitsministerium am 14. April gefällten Schiedspruchs und Festsetzung der wichtigsten strittigen Punkte für den 4. Manteltarif sowie Deckung der entstehenden Mehrausgaben der Werke. Seit 5 bzw. 4 Uhr hatten die Fraktionen über die Vorlage beraten. Für das Plenum lag ein gemeinsamer Antrag der Soz. und U. Soz. vor, den Magistrat zu ersuchen, dem Schiedspruch zuzustimmen und die daraus sich ergebenden Löhne halbmöglichst zur Auszahlung zu bringen, im übrigen in einem Ausschusse die Deckungsvorschläge usw. rüberzulegen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Von den Bürgerlichen war Verweisung der gesamten Vorlage an den Staatsauschuss beantragt. Die Diskussion ließ sich sehr weltlich an; Herr Koch sprach für die Deutschnationalen nahezu eine Stunde, Herr Dr. Wegl für die U. Soz. beinahe ebenso lange, beide grundsätzlich in ablehnendem Sinne. Der Kammerer bat um Ueberweisung der gesamten Vorlage an einen Ausschuss, denn der Magistrat könne den Schiedspruch nicht gutheißen, solange er nicht wisse, woher er das Geld bekommen solle. Es sei ein Jammer, daß der Magistrat in seinem Bestreben, die städtische Verwaltung durch diese verflucht schwere Zeit hindurchzuführen, nicht von allen Parteien unterstützt werde, daß es vielmehr immer noch Parteien gäbe, die nur aus

Freude an der Opposition

ihm entgegentreten. Diese Worte riefen einen Sturm von unerhörter Heftigkeit bei der Linken hervor, zumal unmittelbar darauf von der Rechten Schluß der Debatte beantragt wurde. In den ungläubigen tosenden Lärm, der sich erhob und in dem es wiederholt zu Handgreiflichkeiten zu kommen drohte, pläzte die Feststellung des Vorstehers hinein, daß Dr. Koppel (U. Soz.) dem Oberbürgermeister das Wort „Lümmel“ zugerufen hatte. Nachdem mit vieler Mühe allmählich einigermaßen Ruhe geschaffen war, wurde Koppel zur Ordnung gerufen. In der ersten Stunde begann die namentliche Abstimmung über den Schlusshantrag, für den auch die Sozialdemokraten stimmten, weil, wie Genosse Dr. Lohmann geltend machte, unter allen Umständen noch in dieser Sitzung die Abstimmung über den Schiedspruch erledigt werden müßte. Der Schlusshantrag wurde angenommen. Schiedspruch und Deckungsvorlage wurden einem Ausschuss überwiesen.

Freunde der weltlichen Schule!

Alle im Stadtbezirk Prenzlauer Berg wohnenden Eltern, die an den Aufbau weltlicher Schulen interessiert sind und ihre Kinder einer solchen überweisen wollen, werden gebeten, ihre Adressen an einem der nachstehend genannten Genossen einzureichen oder sich in die dort ausgelegten Listen einzutragen. Einzeldruckungen können erfolgen bei: Hans Biedalski, Koedlitzstraße 1, vorn III, Friedrich Eßporn, Tegelerstr. 8, vorn IV, Franz Galies, Bornholmer Straße 10, H. I. Albert Lorenz, Gleimstr. 56, H. II, Herm. Reiche, Carmen-Str. 126, pt., Gustav Sachmann, Stargarder Str. 13, Otto Schulze, Jablonstr. 37, H. I, Arret, Christburger Str. 33, Quergeb. I, Paul Kengebauer, Kniprodstr. 8, Alfred Göye, Belforter Str. 11, Paul Zeitner, Choriner Str. 31, Etfl. III, August Reizen, Christenstr. 10, vorn II.

Der Mindestpreis für einen Liter Petroleum ist von den Petroleum-Gesellschaften auf 13,80 M. (früher 80 Pfennig) festgesetzt worden. Der Reichsverband des deutschen Seifenhandels und verwandter Zweige, der diese Mitteilung versendet, knüpft daran die Behauptung, daß selbst dieser Preis keineswegs den sonst üblichen Handelsgewinn enthalte.

Zur Gesunderhaltung des Nachwuchses.

Mehr Fürsorge für die tuberkulösen Kinder!

An der Wiedergutmachung des schweren Gesundheitsschadens, den der Krieg uns gebracht hat, muß die Jugendfürsorge mitarbeiten. Der Kampf gegen Krankheit und Siedtum kann, je früher er einsetzt, desto besseren Erfolg haben. Besondere Maßnahmen zum Schutz tuberkulöser Kinder empfiehlt der Berliner Stadtmedizinalrat Dr. Rabnow in einem auf Einladung der Schöneberger Ärztevereinigung gehaltenen Vortrag über „Die Tuberkulose seit den letzten Jahren vor dem Kriege und ihre Bedeutung für die Jugendfürsorge.“

In Berlin hat die Tuberkuloseerkranklichkeit, nachdem sie in der Kriegszeit zugenommen hatte, in den Jahren nach dem Kriege wieder abgenommen. 1921 war sie hier sogar geringer als 1913; denn auf je 1000 Lebende kamen 1913 noch 1,57, dagegen 1921 nur 1,51 Tuberkuloseerfälle. Rabnow warnt aber davor, aus dieser an sich sehr erfreulichen Besserung etwa den Schluß zu ziehen, daß die Tuberkulosegefahr beseitigt sei. Die Abnahme der Sterblichkeit ist kein Beweis für eine Abnahme der Erkrankungen. Manches spricht dafür, daß die neuen Tuberkuloseerkrankungen besonders unter den Kindern nicht unerheblich zugenommen haben. Im Waisenhaus waren 1921 unter den aufgenommenen Kindern 2,7 Proz. tuberkulöse, gegenüber nur 1,3 Proz. in 1909, und noch etwas ungünstiger ist das Ergebnis im Kinderkrankenhaus.

Als sicher ist anzunehmen, daß bei sehr vielen dieser Kinder die Tuberkulose zur Ausheilung kommen kann. Um das besser zu erreichen, müßte — verlangt Rabnow — die Jugendfürsorge gerade mit Bezug auf Tuberkulose viel systematischer und rationaler, auch in finanzieller Hinsicht, ausgebaut werden. Die nur Erholungsbedürftigen seien auf Spielplätzen und in Vandaufenthalten usw. zu schicken, dagegen müsse man die wirklich Erkrankten oder stark Krankheitsverdächtigen in geeignete Anstalten geben, die unter sachgemäher ärztlicher Ueberwachung stehen sollen, aber in einfacher Weise gebaut und ausgestattet sein können. Rabnow betont, daß man für wirklich lungentuberkulöse Kinder einen längeren Kuraufenthalt als den üblichen wird fordern müssen. Für geeignet hierzu hält er Landschulen, in denen die Kinder ein bis zwei Jahre bei angemessenem Unterricht zubringen müßten. Gedacht sind wohl besondere Schulen, die zu diesem Zweck auf dem Lande einzurichten wären. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage sei freilich mit der Verwirklichung solcher Pläne in großem Maßstab kaum zu rechnen. Aber die Kosten trauchten nicht übermäßig groß zu sein und könnten durch planmäßige Ausgestaltung des Verschickungswesens ganz oder doch zum größten Teil erübrigt werden. Die Verschickungsträger, die an der Gesunderhaltung der Kinder auch ein großes finanzielles Interesse haben, müßten zu den Kosten herangezogen werden. Wenigstens sollte ein Anfang mit der Verwirklichung dieser ausföhrlichen Pläne gemacht werden.

Stadimedizinalrat Dr. Rabnow möchte die Ärzte, der Tuberkulosefürsorge die größte Aufmerksamkeit zu widmen. In dieser Beziehung würde sich bei Einführung der Familienversicherung ein sehr dankbares Arbeitsfeld für die Ärzte erschließen. Die sachverständige Zuhörererschaft nahm seine Ausführungen beifällig auf.

Ein Mumienstreck.

Daß der Tod eines Wesens, das vor ertlichen tausend Jahren irgendwo in Ägypten wahrscheinlich auf die natürlichste Art gestorben ist, heute Anlaß zu einem Mordgerücht gibt, dem der Mordbereitschaftsdienst des Berliner Polizeipräsidiums mit peinlicher Sorgfalt nachgehen muß, ist sicher etwas durchaus Ungewöhnliches.

Im Südwesten der Stadt war gestern ein Mordgerücht verbreitet. Nach den vielen Morden der letzten Zeit wurde es auch sofort geglaubt. Es erwies sich jedoch als falsch. Die Veranlassung war ein graufiger Fund auf dem Grundstück Nordstr. 4. Dort hatte hinter einem Bretterraum auf einem Plank, den früher ein Droschkentischer benutzte, ein Tischler allerlei Holz lagern. Aus diesem heraus nahm man seit einiger Zeit einen Verwesungsgeruch wahr. Gestern fand nun ein Sohn des Tischlers den Ursprung dieses üblen Geruches in einer Kiste, die einen Menschen-

Die Macht der Lüge.

Roman von Johann Bojer.

„Es sieht böse aus hier nach der Demonstration,“ sagte er mit einem Kopfschütteln. „Du lieber Gott. — Der Ausschank des Konjuls allein hat den Arbeitern nicht die Köpfe verdröh. Da muß wohl auch ein anderer noch geistigen Branntwein verteilt haben.“

Norby machte ein erstauntes Gesicht und lachte, während er sich auf seinen Spaten stützte: „Die Arbeiter?“ sagte er. „Die haben mit der Verwüstung in dem Park nichts zu tun. Das machte eines Nachts der Sturm.“

Der Pfarrer wurde etwas verlegen und ging schnell weiter. Dieser Norby hatte seine eigene Art von Stolz. Er hatte wohl eine krankhafte Angst davor, daß ihn jemand bedauern konnte.

Der Pfad den Hügel hinan ist vom nächtlichen Regen schlüpfrig, aber jetzt glänzen die Laubbäume und die grünen Hügel in der Sonne. Die Bäche tollten zum See hinab, und rings auf den Feldern sieht man die Beute und Pferde beim Eggen.

Edlich ist der Pfarrer auf der letzten Anhöhe, und da liegt die kleine Kate. Stube und Stall sind in eins. Wenn nicht an einen Ende das Jaumzeug gehangen hätte, so konnte man nicht wissen, wo die Stube lag, denn ein paar kleine Fenster waren auf beiden Seiten sichtbar. Die Vortreppe ist geschweert und Tannenweige sind auf die Steine gestreut. Weil der Pfarrer erwartet wird.

Der Pfarrer muß sich bücken, um hineinzukommen. Auch die Stube ist so niedrig, daß er den Kopf beugen muß. Auf dem Herd dampft ein Wasserkessel, der Fußboden ist weiß geschweert und mit Wachholder bestreut, die Frau sitzt in ihrem Staat da, ein Gelangbuch in der Hand, und hinten im Bette liegt Lars Kleven unter einer alten Pelzdecke. Sein Hemd ist so weiß, daß es sicher erst angezogen wurde, als man den Pfarrer unten am Berge kommen sah. Der Pfarrer gibt erst der Frau die Hand und sagt guten Tag, und geht dann zum Bett hin.

„Nun, wie geht's, lieber Lars?“
Lars schweigt, kneift den Mund zusammen und sieht den Pfarrer an. Die Frau antwortet für ihn: „Ach, Gott besser's, ich hatte solche Angst, daß er mir sterben sollte, ehe der Herr Pfarrer käme.“

Der Pfarrer nahm die Hand des Alten. Sie war hornhart und ganz kalt. Das gefurchte, wettergebräunte Gesicht liegt unbeweglich, die alten Augen blicken stumpf. Hin und wieder bewegt er den Mund. Er hat immer noch seinen Priem im Mund und lutscht an ihm. Der Pfarrer seht sich.

„Hast du Angst vor dem Tode, mein lieber Lars?“
Die Frau nahm wieder das Wort. „Er möchte dem Herr Pfarrer wohl noch etwas beichten,“ sagte sie.

„So, so“ der Pfarrer blickte den Alten im Bette milde an. Plötzlich wurde er damit überrascht daß der sterbende Mann einen braunen Tabaksstrahl auf den Boden spie: „Wegen der Gerichtsverhandlung,“ sagte er dann und sah den Pfarrer ängstlich an.

„Oh — die mit Wangen und Norby, ja?“
„Er hatte ihn gewollt und auszusagen,“ meinte die Frau und schneuzte sich mit den Fingern die Nase. „Aber er hatte wohl nicht den Mut, gegen Norby auszusagen.“

Der Pfarrer blickte Lars erwartungsvoll an und dieser sah immerfort ängstlich auf den Geistlichen, während er wieder am Kautabal saugte. Endlich wollte er wieder etwas sagen, mußte aber erst ausspucken, aber diesmal besabberte er das weiße Hemd.

„Glaubt der Herr Pfarrer, daß mir Gott gnädig sein wird?“

„Ja — warum nicht?“ Der Pfarrer lächelte.
„Weil ich nicht hinging und die Wahrheit sagte, obgleich Gott der Herr mich darum bat?“
„Bust du denn sicher, daß du die Wahrheit wußtest, Lars?“

„Er hat wohl den Norby damals in die Stadt begleitet, als er unterschrieb,“ sagte die Frau, sie stand mit dem Gelangbuch am Tische und blickte den Pfarrer ängstlich an.
Pfarrer Borring blieb sitzen und schaute eine Weile vor sich hin.

„Und jetzt glaubt er, daß er keine Gnade findet,“ sagte die Frau und wischte sich die Augen. „Aber ich sage, Christus ist doch auch für diese Sünde gestorben?“

Der Pfarrer blickte noch immer zu Boden. Aber er fühlte die Augen des Sterbenden gespannt auf sich gerichtet, und er wußte, daß er antworten mußte, wenn er in diese Augen schaute.
Wäre jetzt Pfarrer Borring alleine und frei von der Umgebung gewesen, dann hätte er geantwortet: „Selbst wenn Christus um deiner Sünden willen gestorben ist, und

selbst wenn du in den Himmel kommst, so kann es ja Wangen infolge deiner Sünde noch recht schlecht ergehen.“ Solche Worte schwebten ihm auch jetzt vor. Aber ausbliden und den alten ängstlichen Augen begegnen, — das war etwas anderes.

„Glaubt der Herr Pfarrer, daß ich Gnade finden werde?“
Iam es endlich vom Bett her. Und jetzt mußte der Pfarrer antworten.

„Ja,“ sagte er und blickte auf.
„Wollen der Herr Pfarrer für mich beten,“ sagte Lars und wälzte den Kautabal auf die andere Seite.

Der Pfarrer stand auf und faltete die Hände. Aber was sollte er beten? Er mußte an Wangen denken.

Aber die Sonne schien so freundlich auf den wachholderbestreuten Boden und warf einige Streifen auf das alte Fell und das Hemd des Kranken. Das war wie ein Zeichen von ihm, der sie über Gute und Böse scheinen läßt, schien es dem Pfarrer. Und hier in der kleinen Stube war es so ärmlich und hilflos, und die beiden alten Menschen erfüllten ihn so mit Mitleid, daß er dann anfang zu beten, Gott möge barmherzig sein.

Als er fertig war, meinte die Frau und schneuzte sich wieder mit den Fingern. Der Sterbende lag mit über dem Fell gefalteten Händen, die Tränen flossen ihm, und er vergaß seinen Kautabal im Munde.

Als der Pfarrer sich wieder gesetzt hatte, spie der Alte wieder aus und sagte: „Wollen der Herr Pfarrer mir das Heilige Abendmahl reichen?“

Mechanisch erhob sich der Pfarrer und öffnete seinen Koffer. Er hörte draußen vor dem Fenster die Schwalben vorbeifliegen in den klaren Tag hinein, und die Stare, die ihr Nest unter der Dachrinne hatten. Das war wieder wie ein Zeichen, daß das Leben größer sei, als der Menschen Einsicht in Recht und Unrecht.

Als er in seinem Talare stand und den Wein in den mitgebrachten Kelch gegossen hatte, sagte er mit gesenktem Kopf: „Hör', Lars, die Schwurgerichtsverhandlung ist in der nächsten Woche. Wüßtest du nicht deine Frau bitten, an deiner Stelle hinzugehen und auszusagen? Ich kann ja bezeugen, was du jetzt gebeichtet hast.“

„Doch, ja,“ sagte der Alte und blickte sehnsüchtig nach dem Kelche. Die Frau seufzte auf ihrer Pant, ging dann aber ans Bett, nahm den Priem aus dem Munde ihres Mannes und legte ihn auf die Fensterbank.

(Fortsetzung folgt.)

schädel und ein Paket mit anderen Knochen enthielt. Weil man mit einem Verbrechen rechnete, wurde der Morbberichtsdiens der Kriminalpolizei gerufen. Die Kommissare Dr. Anuschat und Quoch, die am Fundort erschienen, stellten alsbald fest, daß die Knochen von einer ägyptischen Mumie herrührten, die einst ein Hausbewohner zum Geschenk erhielt. Er hatte vor längerer Zeit wegen Blahmang die Kiste mit dem Inhalt auf den Boden gestellt, und vom dort war sie verschwunden. Wer sie an den Fundort gebracht hat, ließ sich nicht feststellen.

Auch die Hochbahn erhöht. Ab 1. Mai.

Die Hoch- und Untergrundbahn, die im Augenblick noch die billigsten Fahrpreise im Berliner Verkehr aufzuweisen hat, wird voraussichtlich Ende dieser Woche nach erfolgter Fertigstellung der neuen Fahrarten dem Beispiel der Straßenbahn und der Omnibus-Gesellschaft folgen und ihre Tarife in der 3. Klasse auf 2,50 M. und 3 M. in der 2. Klasse auf 3 M. und 3,50 M. erhöhen. Der Umsteigefahrchein im Verkehr zwischen Straßenbahn und Hochbahn kostet seit der letzten Erhöhung der Straßenbahntarife bereits 5 M. und dürfte auf 7 M. zu stehen kommen, sobald der neue Straßenbahnfahrpreis von 4 M. in Kraft tritt. Dieser verhältnismäßig hohe Preis für den Umsteigerverkehr, der nur wenig hinter den Preisen für zwei Einzelfahrten zurückbleibt, ist von den maßgebenden Instanzen mit Rücksicht darauf festgesetzt, daß die Stadtverordnetenversammlung die Gültigkeitsdauer der Umsteigefahrcheine von 2 auf 3 Stunden heraufgesetzt hat, was zur Folge hat, daß ein großer Teil des Publikums den Umsteigefahrchein wieder zur Rückfahrt benutzen kann. Nach der Tarifserhöhung bei der Hoch- und Untergrundbahn wird die Stadt- und Ringbahn voraussichtlich noch für längere Zeit das billigste Verkehrsunternehmen Berlins bleiben. Vor dem 1. Juni dürfte mit einer Erhöhung der Stadtbahntarife nicht zu rechnen sein. Mit ihr zugleich wird wahrscheinlich eine Reform des bisherigen Fahrkartensystems auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn erfolgen, auf der es augenblicklich infolge der vielen Stationen einige tausend verschiedene Fahrartenkombinationen gibt. An Stelle dieses komplizierten Systems plant man den Aufbau von 5 Zonen in Stadt-, Ring- und Vorortbahnverkehr, wodurch gleichzeitig die seit langem erstrebte Schaffung eines Umsteigerverkehrs zwischen Straßenbahn und Stadtbahn in den Bereich der Möglichkeit gerückt wird.

Weil es ihnen so leid tat!

Ablieferungspremien auf gestohlenen Reichsgut.

Die Millionenwerte Reichseigentum verschwinden, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, die gestern die Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Es handelte sich um eine Anklage wegen Diebstahls und Hehlerei, die sich gegen 11 Personen richtete, darunter einen Wärter der Reichsreuehandlung, der das Treiben der Diebe begünstigt hatte. Der Hauptangeklagte, der Wertmeister Karl Wagner, hat es vorgezogen, fern im Süden, im schönen Spanien sein Domizil aufzuschlagen und der Vorladung aus guten Gründen nicht Folge zu leisten.

Wie die Verhandlung ergab, handelte es sich um umfangreiche Diebstähle in dem Lager der Reichsreuehandlung auf dem ehemaligen Flugplatz Johannisthal, und zwar wurden hier im Einverständnis mit dem dort als Wärter angestellten Schulz in ganz kurzer Zeit 40 Bosch-Zündmagnete, 3000 Zündkerzen, 175 Antaster und 3 Maschinengewehre gestohlen. Besten wurden von zwei Angeklagten nach der Waffenablieferungstelle in der Bromberger Straße gefahren, die die Prämie von 1500 Mark dafür zahlte. — Vor Gericht machten die Angeklagten als strafmildernd geltend, daß alle jene gestohlenen Sachen, die von der Entente beschlagnahmt worden waren, mit dem Gelde der deutschen Steuergelder und Kriegsanleihebesitzer bezahlt worden seien und „es ihnen leid getan habe“, daß diese Werte nun vernichtet werden sollen. Gegenüber dem auf Gefängnisstrafen bis zu 1 Jahr lautenden Antrage des Staatsanwalts machten die Verteidiger geltend, daß die von den Angeklagten vorgebrachten Milderungsgründe, die dem Empfinden dieser einfacher Leute aus dem Volke entsprächen, das Gericht zu einer sehr weitgehenden Milde veranlassen müsse. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte unter Freisprechung von zwei Angeklagten gegen die übrigen auf Geldstrafen von 3000 Mark und Gefängnisstrafen von 1 bis 6 Monaten, wobei mit einer Ausnahme die bedingte Begnadigung und Strafaussetzung empfohlen wurde.

„Hört ihr nicht die Glocken läuten?“

Mit dieser eigenartigen Frage betrat der wegen Diebstahls angeklagte Arbeiter Siebelhoff den Sitzungssaal des Schöffengerichts Berlin-Witte, in dem er sich mit mehreren Angeklagten zu verantworten hatte. Es handelte sich um eine Bande sogenannter „Klatterfaher“, d. h. Vodeniebe, die es hauptsächlich auf Wäsche abgesehen haben. Der Wert der Diebesbeute betrug insgesamt über eine halbe Million Mark. Als der Vorsitzende versuchte, den Angeklagten Siebelhoff zu vernehmen, sagte dieser ihm an: „Was wollt ihr? Hier ist mein Schloß. Hört ihr nicht die Glocken läuten?“ Auf den Hinweis, daß er besser tue, sich vernünftig zu benehmen, erwiderte der Angeklagte: „Ist hier jemand gestorden, so nagelt den Sarg zu, damit der Tote nicht herauskann!“ Da Siebelhoff trotz aller Versuche des Vorsitzenden und der Verteidiger dabei blieb, irdisches Zeug zu reden, beschloß das Gericht, die Sache gegen ihn abzutrennen und erst durch einen Psychiater feststellen zu lassen, ob Simulation oder wirkliche Geisteskrankheit vorliege. — Wegen die übrigen Angeklagten erkannte das Gericht auf Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren.

Unsere Maimarken.

Die Maimarken des Bezirksverbandes Berlin sind nunmehr erschienen. Je zwölf Stück bilden eine Serie, die in ausgeglichener Kupferstichdruck Porträts der Begründer und Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus wiedergibt. Jede einzelne Marke wird zum Preise von 2 Mark, die ganze Serie für 24 Mark abgegeben. Die eintommenden Gelder sollen zur Stärkung unseres Kampfbundes dienen. Und schon aus diesem Grunde darf, abgesehen von dem künstlerischen Wert der Marken, mit großer Sicherheit vorausgesetzt werden, daß sie von Parteigenossen und Freunden der Sozialdemokratischen Partei gern gekauft werden.

Der neue Zweimarkschein.

Der Vorlehnsscheine zu 2 Mark vom 1. März 1920 hat aus Zweckmäßigkeitsgründen andere Farben erhalten. Auf der Vorderseite erscheint der Textdruck bläulich-rosa; der Kontrollstempel im linken Feld und die Nummer sind in brauner Farbe gedruckt. Der bis zum Beschnitt reichende Unterdruck aus Blauviolett ist unverändert graubraun geblieben. Auf der Rückseite ist der aus kleinen Wertziffern zusammengesetzte und bis zum Beschnitt reichende Schutzdruck jetzt bläulich-rosa ausgeführt. Der Unterdruck bleibt wie bisher graubraun und der Aufsatz rotbraun.

Einbruch in das SPD-Sekretariat Neudölln. In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde das Sekretariat der SPD, Neudölln, Sägerstr. 55, von Einbrechern heimgesucht. Entwendet wurden 96 Maimarken a 2 M., einige Bücher aus der Bibliothek und zwei Sekretariatsstempel. Die Stempel sind sofort für ungültig erklärt worden. Schriftstücke, die das Stempelmuster ab 25. April 1922 tragen, haben keine Gültigkeit und werden angehalten.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft reger, Fische knapper, Geschäft lebhafter. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ziemlich lebhaft.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 34—48 M., ohne Knochen 41—48 M. Schweinefleisch 38—41 M. Kalbfleisch 33—45 M. Hammelfleisch 36,50—41 M. Rückenfleisch 48 M. Schellfisch 7—12 M. Seelachs 9 M. Dorsch 6—7 M. Rotzungen 14—15 M. Schollen 10—13 M. Kabeljau 10—11 M. Grüne Heringe 7—9 M. In Eis: Schiele 29—30 M. Hechte 20—24 M. Aale 40—42 M. Zander 30—35 M. Labanda Barsche 20 M. Karpfen 28—35 M. Biela 18—24 M. Naturbutter 55—63 M. Margarine 30—40 M. Schweine-schmalz 42—46 M. Eier 8,50—4,20 M. Roggenmehl 7,50 M. Graupen 9,50—10 M. Buchweizenkörner 11 M. Haferfloeken 9—10 M. Hafermehl 15 M. Kartoffelmehl 16 M. Grießmehl 16 M. Reis 10—13 M. Weizkohl 7—8 M. Kohlraben 2 M. Spinat 6,50—8 M. Mohrrüben 5 M. Grüne Gurken 20—23 M. das Stück. Apfelsinen 3—7,50 M. das Stück. Zitronen 1—1,50 M.

Die eingestellte Nachtbeleuchtung.

Zahlreiche Groß-Berliner Hauswirte hatten die Nachtbeleuchtung auf den Treppen eingestellt, weil sie entweder sparen wollten oder weil wiederholt Beleuchtungskörper gestohlen wurden. Dadurch sind verschiedentlich Unfälle entstanden. Das Landgericht II, Berlin, hat entschieden, daß dem Vermieter hierfür die volle Schadenersatzpflicht trifft. Abgesehen davon, daß die Nachtbeleuchtungsanlage bei Abschluß des Mietvertrages und Einzug des Mieters in Betrieb war, Ausdrückliche Vereinbarung über die Instandsetzung der Nachtbeleuchtung sei nicht erforderlich. Diebstähle an Beleuchtungskörpern und Zubehörteilen (Reinigungs-Blühbirnen usw.) verpflichten den Vermieter zur umgehenden Wiederherstellung der Nachtbeleuchtung. Jede Verzögerung, besonders beim Einsetzen neuer Glühbirnen, sei schuldhaft. Zur Wahrung eines Lichtes beim Hinaufgehen nach der Wohnung seien die Mieter nicht verpflichtet. Es müßten nachdrücklich Maßnahmen getroffen werden, um Diebstähle und Unfälle zu verhindern.

Die Fremdenunterkunft in Berlin, schon in gewöhnlichen Zeiten schwierig, bildet angesichts der bevorstehenden Massenbesuche, Ausstellungen, Kongresse usw. den Gegenstand erster Sorge. Nach längeren Verhandlungen mit dem Magistrat bzw. mit dem Wohnungsamt der Stadt Berlin wird die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins an die Organisation einer Fremdenunterbringung in Privatwohnungen nach dem Muster der Reichstädte Leipzig, Frankfurt usw. gehen. Das Städtische Zentralamt für Wohnungswesen hat die Erklärung abgegeben, daß das Publikum nicht zu befürchten braucht, durch die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins gemachten Meldungen irgendwie von den Wohnungswörtern behelligt zu werden. Nunmehr wird die Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins im Hinblick auf die bevorstehenden Massenbesuche an die Einwohnerschaft Berlins mit der dringenden Bitte heranzutreten, in Fällen, wo die Aufnahmefähigkeit der Hotels verjagt, tageweise Zimmer für Fremde gegen ein angemessenes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Ein für diesen Zweck eingerichtetes Bureau, „Arbeitsunterkunftsermittlung der Zentralstelle für den Fremdenverkehr Groß-Berlins“, im Mitteleuropäischen Reisebureau (Mer) am Potsdamer Bahnhof, wird schriftliche Meldungen entgegennehmen, mit den Wohnungsinhabern sich in Verbindung setzen und ihnen bei Bedarf genügend empfohlene oder legitimierte Fremde zuweisen.

Straßenbahnsonderzüge zu den Rennbahnen. Vom Freitag, den 28. April, werden wieder wie im Vorjahre Straßenbahnsonderzüge, für deren Benutzung erhöhte Fahrpreise festgesetzt sind, nach der Rennbahn Ruhleben abgefahren. Die Züge verkehren am 28. April nach folgendem Fahrplan: ab Alexanderplatz 1,15, 1,30, 1,50 Uhr über Spittelmarkt, Potsdamer Platz, Bülowplatz, Bahnhof Zoologischer Garten, Knie; ab Hallesches Tor 1,45 Uhr, Weg über Jorkstraße, Bülowstraße, Rossendorferplatz, Bittenbergplatz, Bahnhof Zoologischer Garten, Knie; ab Eisenacher Straße Ecke Hauptstraße 1,55 Uhr, Weg über Winterfeldtplatz, Rossendorferplatz, Bittenbergplatz, Bahnhof Zoologischer Garten, Knie; ab Charlottenburg, Knie, 1,20, 1,40, 2,00 Uhr.

Kriegsopfer heraus! Zu einer großen öffentlichen Versammlung sämtlicher Kategorien von Kriegsopfern ladet die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Charlottenburg, zum Freitag, den 28. April, 8 Uhr, nach dem Kaiser-Friedrich-Park, Berliner Str. 88, ein. Ueber das Thema „Kriegs- und Arbeitsinvaliden wird der 1. Bundesvorsitzende Erwin Barsanti referieren, während Kurt Großmann, Ortsgruppenvorsitzender und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Groß-Berlin, über die wirtschaftliche Lage der Kriegsopfer sprechen wird. Angesichts der hohen Bedeutung dieser Themen gerade im gegenwärtigen Augenblick muß eine rege Beteiligung erwartet werden.

Praktische Kurse der Volkshochschule Groß-Berlin. Um die individuelle Selbsttätigkeit des einzelnen anzuregen und zu ermöglichen, veranstaltet die Volkshochschule Groß-Berlin in der neuen Arbeitsperiode (April—Juni) eine Reihe von praktischen Kursen. Prof. Dr. Hilbrach vom Botanischen Museum hält einen Kursus in botanischen Mikroskopieren ab. Zu selbstständigen botanischen Arbeiten leitet ein Kursus von Dr. Krause an. Praktische Kunstkurse werden von den Kunstmalern Hans Saluskiel und O. Bartel abgehalten. Kammerfänger Dr. Schall leitet eine Arbeitsgemeinschaft „Gitarren-Hausmusik“. Praktische Stimm- und Tonbildung wird in einem anderen Kursus betrieben, den Direktor Dr. Paul Breslau abhält. Der Ausbildung in rhythmischer Gymnastik ist ein Kursus von Fraulein Charlotte Pfeffer gewidmet. Sehr beachtenswert sind die namentlich für Anfänger gedachten Stilübungen des bekannten Schulforschers H. Jensen, die den Zweck verfolgen, durch schriftliche Arbeiten (Darstellung von Erlebnissen u. a.) die Gesetze einer natürlichen Erzählungskunst zu finden. Darauf aufbauend soll der Weg in die entsprechenden Gebiete der Dichtung beschränkt werden, im Vordergrund soll jedoch die Entwicklung einer persönlichen Ausdrucksweise und eines lebendigen Lesens stehen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 26. April:

Kollernberg, Jugendheim Gartenstraße Bauhube. — Kaufhaus, Jugendheim Gemeindehalle, Wolfstraße, Reichenberg: „Romanen und Salsoban.“ — **Bildenberg, Jugendheim Portau 10, Bortrag: „Jugend und Gewerkschaftsbewegung.“** — **Brennauer Vorstadt, Jugendheim Gemeindehalle, Senefelderstraße 2-7, Einführungabend für die Schulanfänger.** — **Witke, Jugendheim Baugewerkschafts-Kurschstraße 141, Bortrag: „Geschichte der Arbeiterbewegung.“**

Eine Konferenz der Abteilungsleiterinnen mit den Abteilungsleiterinnen findet am Sonnabend, den 29. April, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen, statt. Tagesordnung: „Der Waisenabend.“ Ausgabe des Werbematerials. Vertretungen sind nicht zulässig. Abgang 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

S. R. 24. 1. Ja. 2. Nein. — M. 100. Die Witwe erhält eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente. — **Wende 97.** Führen Sie gegen die Bekräftigung der Unterzeichnung Bescheid. — **S. R. 1.** Beantworten Sie Ermäßigung. Wird dies nicht bewilligt, so müssen Sie den vollen Betrag zahlen. 2. Bis zum 31. März 1922. — **S. R. 17. 1. und 2. Nein.** 3. und 4. Nein, wobei wir voraussetzen, daß es sich um ein uneheliches Kind handelt. — **S. R. 120.** Die Aktien müssen Sie zahlen. Kommen Sie zunächst um Gründung und später um Bemessung von Leistungen ein. — **M. 3. 100. 1. Ja.** Die Ermäßigung für Kinder beträgt jedoch für 1921 180 M. Wenn das künftige Einkommen den Betrag von 24 000 M. nicht übersteigt. 2. Etwa 300 M.

Wandern und Erholung.

Frühling im Schnee.

Ein Ausflug ins Fichtelgebirge.

Zu dem Fichtelgebirge, das sich nördlich der Verlängerung der Saale Donnersberg-Bayreuth erstreckt und zu Höhen von 1000 Meter emporsteigt, führt der Münchener Nachschmelzweg einen über Bayreuth, Nürnberg nach Karlsruhe laufenden Wagen, dessen man sich bei Neuenmarkt-Birsbrunn bedienen kann, von wo eine Zweigbahn im Tal des Main ostwärts den Wanderer in das Herz des Fichtelgebirges zum hochgelegenen Oetzchen Bischofsgrün (700 Meter) bringt. Das Städtchen ist nach dem großen Brande von 1887 neu erbaut worden. Es ist erst März, aber die Sonne scheint warm, und der dicke Wald — etwas anderes als die kümmerliche Fichtennatur der Saale — lockt zum Wandern und Ausruhen. Am anderen Morgen aber fällt ein leichter Regen und allmählich geht er in Schnee über. Für den großstädtischen Wanderer, der der Sonne nachgegangen ist, heißt dieser dicke Schneefall soviel als Verzicht auf alle die Ausflüge, die sich dort in verchiedenartiger Fülle bieten.

Ein Blick in den Führer belehrt uns, daß das Fichtelgebirge nicht zu früh besucht werden darf. Frühlingsgewitter toben dort oft, und Hagen ist keine Seitenbahn. Infolgedessen ist die Landbestellung nicht leicht. Das junge Volk wendet sich deshalb mehr und mehr von der undankbaren Landarbeit ab — und der so wenig gesunden Heimarbeit zu. Wie in anderen Gegenden die Mädchen in die Fabriken gehen, tut sich das Fichtelgebirgs-mädchen mit seinen Genossinnen zusammen und strickt die Gitter, auf denen die Stopferinnen dann die Blumen und Embleme sticken, bis die entzündenden und heilbaren Einsätze fertig sind, die die Hemden, Busen, Wäsche usw. unserer Frauen schmücken. Für 1000 Wäcker solchen Gitters werden jetzt 3 M. gezahlt; die Mädchen arbeiten von früh bis spät, singen und schwätzen dabei, lassen sich von den Müttern die Haare machen, während die kleinen Geschwister die Nadeln einfäden, wenn sie nicht gar schon selber arbeiten. So geht es 10, 12 Stunden lang, und der Wochenverdienst stellt sich auf 300 bis 600 Mark. Faktoren kaufen die Arbeit auf, liefern sie an den ersten Händler ab, der sie wieder dem Großhändler zustellt. Natürlich verteuert dieser Geschäftsgang die Ware ungebührlich. Aber das Geld lockt, die Mädchen wollen sich so reich als möglich eine Aussteuer verdienen und arbeiten mehr, als ihrer Gesundheit dienlich ist. Auch Arbeitslose — munkelt man — greifen zu dieser Frauenarbeit, die für sie jedenfalls bequemer ist, als das Holzschlagen im Wald. Noch ein anderer Industriezweig ist in Bischofsgrün heimlich, die Fabrikation von Berlin in Fabriktrieben, der Rest der einst blühenden Glasindustrie.

Daß das Fichtelgebirge früher in mineralogischer Hinsicht großes Interesse bot, beweist am besten die Tatsache, daß Alexander von Humboldt längere Zeit in jenen Gegenden weilte, um die Verhältnisse des dortigen Bergbaues zu studieren. Allmählich ist aber die Bedeutung dieser Betriebe stark zurückgegangen, und nur Namen wie Goldbach, Gold-Kronach erinnern daran, daß man auf Gold schürfte. Dafür wird der Stein des Fichtelgebirges um so stärker ausgebaut und vielfach für Grabdenkmäler verwendet. Für die fehlenden Erträge aus den früheren Erwerbszweigen entschädigt in etwas der Fremdenverkehr; die Fülle von bequemen Wegen, die Eigenart des Waldes und des Gebirges lohnen den Besuch durchaus, und die Monat- des Hochsommers, wo es anderswo wegen der Hitze der sich drängenden Menschen ungemütlich wird, sind die beste Zeit für das Wandern in dieser romantischen Wald-einlaßzeit. Das Gebirge ist auch merkwürdig als Ursprungsart von vier nach allen vier Himmelsrichtungen entliegendes Flüsse, nämlich dem Main (Quelle am zweithöchsten Berg des Gebirges, den Däselkopf, 1024 Meter östlich Bischofsgrün), der Eger (Quelle nordöstlich Bischofsgrün, Richtung Weichenbach), dem Raab (Quelle 1 Kilometer südlich der Mainquelle) und der Saale (Quelle nordwestlich von Weichenbach).

So hat der verfrühte Frühlingssog bei Schneegestöber doch kein Wissen bereichert und glaubt sich berufen, anderen auf die ihm vom Nebelschleier verborgenen Naturschönheiten aufmerksam zu machen. Daß Bayreuth und Wunsiedel, der Jeann-Paul-Ort, zu diesem Gebiet gehören, ist ein Anreiz mehr. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Bevölkerung protestantisch ist und erst Anfang des neunzehnten Jahrhunderts zu Bayern kam, als die Bayern-Ansbacher Herrlichkeit aufging. Wenn Bayern wirklich mal Landesgrenzen gegen sollte, das Volk im Fichtelgebirge — und ebenso in ganz Franken — wäre für solche Extratour nicht zu haben.

Das Fichtelgebirge hat als äußerste Endpunkte die Städte Hof, Bayreuth, Reustadt a. d. Naab und Eger in Böhmen. Der Zentralort des Gebirges, dessen Besuch am lohnendsten ist, hat die Städte Weichenbach, Bernsdorf, Remmuth und Wunsiedel als Endpunkte. Ein bequemer Zufahrtsweg ist auch über Hof, Kirchenlamitz bis Weichenbach. 1. Von hier über Saalequelle, Gefrees (12 Kilometer); 2. Bübnitztal, (idyllisches Gebirgsweiental) mit Schloß Grünstein und Schloß Stein, Bernsdorf mainauwärts zu Fuß oder Bahn bis Bischofsgrün (22 Kilometer); 3. Schneeberg (höchster Berg 1053 Meter), Reihardt (972 Meter) und zurück, zirka 16 Kilometer mit 400 Meter Steigung; 4. Bischofsgrün, Ochlenkopf, Rainquelle, Raabquelle, Fichtelgebirge zirka 14 Kilometer; 5. Fichtelberg, Birgstein, Totenkopf, Hohe Wägen, Kößeln, Schönbrunner Wald, Rauenberg (großartige Felsenformationen), Alexanderbad Wunsiedel, zirka 18 Kilometer. Dauer der Fahrt mit einem Tag Anfahr, einem Tag Rückfahrt und einem Tag Ruhe zusammen acht Tage. Ein guter Führer ist Griebens Reiseführer Bd. 35, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz.

Im Verkehr mit den Nordsee-Bädern (Ostfrieseische Inseln) wird mit Gültigkeit vom 1. Mai d. J. ab eine Reihe neuer Bestimmungen in den Tarif aufgenommen, von denen die nachstehenden besonders beachtenswert erscheinen. Im Verkehr mit Helgoland (Nordberner) über Hamburg gelten von diesem Zeitpunkt ab sämtliche Fahrpreisermäßigungen, wie sie auf dem Festlande gewährt werden. Die Fahrpreisermäßigungen für die Schiffstrecke werden in vollem Umfang gewährt. Neu aufgenommen sind in den Tarif die Fahrpreise 4. Klasse, während die Militärfahrpreise, da für sie kein Bedürfnis vorliegt, fortgefallen sind. Ebenso sind die Gepäckfrachten dem neuen Gepäcksarif, der für die deutschen Eisenbahnen am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, angepaßt worden. Nach sämtlichen in den Tarif einbezogenen Inselstationen werden künftig auch hilfsbedürftige Stadtkinder zu den ermäßigten Fahrpreisen befördert, wenn durchgehende Fahrpreise 4. Klasse vorgelegen sind.

Bad Salzuflen. Das am Teutoburger Walde liegende aufblühende Söhlekurort Salzuflen hat ein Inhalatorium Bad Salzuflen hat seinen Betrieb, der bis Ende November dauern soll, wieder eröffnet. Für Herrn, Frauen, Verdunungs- und Lungenerkrankungen, sowie für Rheumatisches und Strophulose werden die bekannten heilkräftigen Thermal- und Sulfidbäder, Heilgasanwendungen, Inhalationen und Erindrücken verabreicht. Ausführliche Beschreibung, Wohnnachsweise sind nicht nur durch die Badeverwaltung, sondern auch durch alle Verkehrsämter zu haben.

Bad Eiler. Der prächtige Badeort Eiler ist im allgemeinen wieder wie vor dem Kriege ab. Die Annehmlichkeiten, Theater, Rongerie usw. werden weitergeführt. Das Kurhaus, die Gasthöfe und alle Barmittel sind geöffnet; die Lebensmittelversorgung von Bad Eiler ist gesichert; auch für Preise für Bergfahrten sind angemessen.

Bahnhof-Wäldchen, Marien-Lage, Rauenstein 1922. Unter diesem Namen tritt in den nächsten Tagen größte Veranstaltung für die Fichtelgebirge, für die Wäldchen-Wäldchen, Rauenstein stattfinden. Der Verkehrsverein gibt ein künstlerisch ausgestattetes Programm ab mit allen Einzelheiten heraus. Schriftliche Konzepte, u. a. ein Bahnhofs-Wäldchen-Gemeinschaftsabend, finden während der Marien-Lage statt.

Die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge hält ihren VII. Kongress am 8. und 9. Juni d. J. in Dresden ab. Auskünfte erteilt der Kongressvorsitzende, Sanitätsrat Dr. M. Schanz, Dresden-V., Rüdigerstraße 13.

Weiter bis Donnerstag mittag. Siemlich mild, zeitweise auf-taunend, jedoch Abminderung bedroht mit wiederholten heftigen Regenschauern und frischen südwestlichen Winden.

